

## RT DE: News, Analyse und Meinung

### Artikel der Woche, 21.07.–28.07.2023

#### Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse .....	9
Meinung .....	21

#### News

##### Medien: "Freiberufler" der UK-Geheimdienste unterstützten Kiew bei Terroranschlag auf Krim-Brücke

<https://freeassange.rtde.live/russland/175839-medien-freiberufler-uk-geheimdienste-unterstuetzten-kiew-bei-anschlag-auf-krim-bruecke/>

21.07.2023

**Neu durchgesickerte Dokumente haben enthüllt, dass die Briten Kiew bei ihrem Terroranschlag auf die Krim-Brücke wahrscheinlich unterstützt und mehrere Angriffspläne angeboten haben. Einer der britischen Pläne sah angeblich vor, die Explosion in Beirut im Jahr 2020 nachzustellen.**

Der ukrainische Drohnenangriff auf die Krim-Brücke wurde höchstwahrscheinlich von ehemaligen Agenten des britischen Militärgeheimdienstes geplant, die im Jahr 2022 einen Vertrag mit Kiew unterzeichnet hatten, berichtet die unabhängige Nachrichtenwebsite *The Grayzone* unter Berufung auf durchgesickerte Dokumente.

Eine "Kabale britischer Freiberufler des Militärgeheimdienstes" unter der Leitung von Chris Donnelly habe seit April letzten Jahres mit dem Büro des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) in Odessa zusammengearbeitet, heißt es in einem am Mittwochabend veröffentlichten Bericht von *The Grayzone*. Das Medium hatte im Oktober 2022, nach dem ersten Anschlag auf die Krim-Brücke, durchgesickerte Dokumente veröffentlicht, die diese Zusammenarbeit belegen.

"Eine Überprüfung von durchgesickerten Akten, die zuvor von *The Grayzone* enthüllt wurden,

bietet eine solide Grundlage für die erneute Beschuldigung von Donnellys Kabale", schrieb das Medium in Bezug auf den Drohnenangriff vom Montag. Bei diesem waren zwei Zivilisten getötet worden, zudem ist ein 14-jähriges Mädchen verwaist.

Donnelly wird als "hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter und ehemaliger hochrangiger NATO-Berater" beschrieben. Angeblich nutzt er einen "transnationalen Nexus", an dem Unternehmen wie Prevail Partners und Thomas in Winslow beteiligt sind, um "Londons Beitrag zum Stellvertreterkrieg auf Armeslänge" zu verwalten.

Laut *The Grayzone* unterzeichneten die beiden Unternehmen im April 2022 ein Abkommen über "technische Unterstützung" mit der Odessa-Abteilung des SBU, das den Einsatz von Überwachungsdrohnen zur "Beobachtung der Küstenlinie und der russischen Bewegungen" sowie den Zugang zu Satellitenbildern zur Unterstützung militärischer und geheimdienstlicher Operationen vorsah.

Ein "Geospatial Intelligence"-Spezialist von Prevail stellte dem SBU eine Präsentation mit dem Titel "Kertsch-Brücken-Infopaket" zur Verfügung, in der verschiedene Pläne zur Sprengung der Brücke dargelegt wurden. Diese war 2018 gebaut worden, um die Krim mit der Region Krasnodar auf dem russischen Festland zu verbinden.

"Ein spekulativer Plan sah vor, ein Schiff mit Ammoniaknitrat direkt unter der Brücke zu sprengen", so *The Grayzone*. In dem Vorschlag wurde die Explosion in Beirut im August 2020, die mindestens 214 Menschen getötet und die libanesischen Hauptstadt verwüstet hatte, "zustimmend als nachahmenswertes Beispiel" genannt.

Laut *The Grayzone* haben die britischen Berater Kiew auch dabei unterstützt, angebliche "russische Kollaborateure" in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten ins Visier zu nehmen. Anton Geraschtschenko, ein Berater des ukrainischen Innenministeriums, hatte im Oktober 2022 gegenüber westlichen Medien damit geprahlt, dass die Geheimdienste "auf sie wie auf Schweine schießen".

\* \* \*

## **Kriegsberichterstatter von RIA Nowosti bei ukrainischem Beschuss getötet**

<https://freecassange.rtde.live/international/175928-kriegsberichterstatter-von-ria-nowosti-bei/22.07.2023>

**Das ukrainische Terrorregime verstößt weiterhin gegen Gesetze der Kriegsführung. Heute wurde eine Gruppe russischer Journalisten bei einem ukrainischen Angriff mit Streumunition verwundet. Einer von ihnen, der RIA Nowosti-Journalist Rostislaw Schurawljos, wurde getötet.**

Der Kriegsberichterstatter von *RIA Nowosti*, Rostislaw Schurawljos, ist beim Beschuss durch die ukrainische Armee in der Zone der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine getötet worden, so die Nachrichtenagentur.

Konstantin Michaltschewski, der Fotokorrespondent von *RIA Nowosti*, sei verwundet worden.

Die Zeitung *Iswestija* berichtete, dass ihr Korrespondent Roman Polschakow und ein Kameramann bei dem Beschuss verwundet wurden und von Ärzten behandelt werden.

Korrespondenten von *TASS*, *Rossija* und Mitarbeiter des Pressedienstes der Verwaltung des Gebiets Saporoschje gerieten ebenfalls unter Beschuss.

Der Beschuss erfolgte in der Nähe des Dorfes Pjatichatki. Es gibt mehrere Dörfer mit diesem Namen in der Gegend der Kämpfe, aber Mitte Juli veröffentlichte Schurawljow ein Video aus dem Dorf Stulnewo im Gebiet Saporoschje. Das Dorf Pjatichatki liegt 50 Kilometer nordwestlich von Stulnewo im Bezirk Wassiljewski.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums vollführten die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte am 22. Juli 2023 gegen 12.00 Uhr (11.00 Uhr Berliner Zeit) einen Artillerieangriff auf eine Gruppe von Journalisten der Zeitung *Iswestija* und der Nachrichtenagentur *RIA Nowosti*, die Berichte über den Artilleriebeschuss mit Streumunition von bewohnten Bezirken im Gebiet Saporoschje durch die ukrainischen Streitkräfte vorbereiteten.

Bei dem Beschuss mit Streumunition durch die ukrainischen Streitkräfte seien vier Journalisten unterschiedlich schwer verletzt worden, heißt es in der Erklärung weiter. Die Journalisten seien umgehend in medizinische Einrichtungen des russischen Verteidigungsministeriums evakuiert worden, wo sie qualifizierte medizinische Hilfe erhalten hätten.

Während der Evakuierung sei Rostislaw Schurawljow, Journalist der Nachrichtenagentur *RIA Nowosti*, an den Verletzungen, die durch die Streumunition verursacht worden seien, verstorben, so das Ministerium weiter. Der Gesundheitszustand der anderen Journalisten sei mäßig ernst und stabil. Es bestehe keine Lebensgefahr, sie hätten umfassende medizinische Versorgung erhalten.

Im Juli vergangenen Jahres erhielt Schurawljow die Auszeichnung "Goldener Federkiel" mit der Aufschrift "für Mut bei der Ausübung der journalistischen Tätigkeit".

\* \* \*

## **Orbán in Siebenbürgen: Westliche Werte bedeuten Migration, LGBTQ und Krieg**

<https://freeassange.rtde.live/europa/175970-viktor-orban-in-siebenbuergen-westliche/>

23.07.2023

**Laut dem ungarischen Premierminister entstehe in Europa gerade eine neue politische Klasse, die weder christliche noch demokratische Überzeugungen habe, gegen die sich Ungarn verteidigen müsse. Die Neuausrichtung des globalen Machtgleichgewichts werde eine ganze Generation lang dauern.**

Der ungarische Premierminister Viktor Orbán hat am Samstag im rumänischen Siebenbürgen eine traditionelle Rede vor ethnischen Ungarn gehalten. Die Rede war Teil des Programms der 32. Sommerakademie in der Stadt Băile Tușnad (deutsch: Bad Tuschnad, ungarisch: Tusnádfürdő), die jährlich von der Fidesz-Partei organisiert wird. In Rumänien leben rund eineinhalb Millionen Ungarn. Rumänische Nationalisten versuchten zwischenzeitlich, die Rede Orbáns zu stören.

Laut Berichten der ungarischen Zeitung *Magyar Nemzet* und der Nachrichtenagentur Reuters kreiste Orbán in seiner Rede um das sich verändernde geopolitische Gleichgewicht und die Rolle Ungarns. Der ungarische Premierminister betonte, die ganze Welt durchlaufe eine Phase großer Veränderungen und einer besonders gefährlichen Zeit in der Geschichte der Menschheit. Als Ursache sieht Orbán laut eigener Aussage den Abstieg des Westens als Weltmacht zugunsten Chinas.

*"Wir sehen, dass die amerikanische Dominanz kontinuierlich geschwächt wird."*

In der Weltpolitik gebe es laut Orbán keine ständigen Sieger und Verlierer. Nach seiner Einschätzung werde sich ein neues Gleichgewicht jedoch nicht über Nacht einstellen, sondern eine ganze Generation andauern. Aktuell bedeuteten westliche Werte drei Dinge: Migration, LGBTQ und Krieg. Hiergegen müsse sich Ungarn zur Wehr setzen.

## **Orbán: LGBTQ-Kampagne gegen familienfreundliche Nationen**

Scharfe Worte fand Orbán daher auch für die Politik der Europäischen Union (EU), der Ungarn seit 2004 angehört. Die EU wachse entweder zu einem Staat zusammen oder bestehe als Staatenbund einzelner Nationen. Seit dem Austritt Großbritanniens sei das Gleichgewicht in der EU zwischen den Föderalisten und ihren Gegnern gestört. Ungarn befinde sich aufgrund seiner antiföderalen Haltung gegenüber der EU und Mitgliedsstaaten wie Deutschland und Frankreich in der Defensive, ebenso Polen:

*"Wir sollten uns keine Illusionen machen: Die Föderalisten versuchen, uns zu verdrängen."*

Nach Angaben des Premierministers sei in Europa eine eigene politische Klasse gegründet worden, die nicht mehr rechenschaftspflichtig sei und keine christlichen oder demokratischen Überzeugungen mehr vertrete. Die EU lehne das christliche Erbe ab und führe einen Bevölkerungsaustausch sowie eine LGBTQ-Kampagne gegen familienfreundliche Nationen durch.

Orbán erklärte, dass Migration und Genderideologie nicht auf liberaler Grundlage zurückgedrängt werden könnten. In Ungarn bestehe man darauf, ein gemeinsames Zuhause, eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Kultur und einen öffentlichen Sektor zu haben. Dieser müsse, so Orbán, um jeden Preis geschützt werden. Frieden, Familie, Freundschaft, Recht und Gemeinschaftsgeist und sogar Freiheit könnten alleine nicht erreicht werden:

*"Der auf sich selbst gestellte Mensch ist nicht frei, sondern einsam."*

\* \* \*

## **Italien will aus Seidenstraßen-Projekt aussteigen**

<https://freeassange.rtde.live/international/176061-italien-will-aus-seidenstrassen-projekt-aussteigen/>  
24.07.2023

**Die italienische Premierministerin Giorgia Meloni, noch kurz vor ihrer Wahl als "Neofaschistin" gefürchtet, entpuppt sich mehr und mehr als "Muster-Transatlantikerin". Nach bedingungsloser Unterstützung der Ukraine will sie nun auch aus der "Neuen Seidenstraße" aussteigen.**

Die italienische Premierministerin Giorgia Meloni wird bei einem Treffen mit US-Präsidenten Joe Biden am Donnerstag in Washington ankündigen, dass sich Italien bis Ende dieses Jahres aus dem Investitionspakt mit China für Handels- und Infrastruktur-Netze, der "Neuen Seidenstraße", zurückziehen wird.

Italien werde das Memorandum of Understanding, welches das Land an die Initiative bindet, nicht mehr erneuern, berichtete die römische Tageszeitung *La Repubblica*.

Italien war 2019 die erste große Industrienation, die sich Chinas milliardenschwerem Investitionsprogramm anschloss. Das hatte bisher allerdings nur zu wenigen konkreten Projekten

geführt. Vor ihrem Wahlsieg im vergangenen September hatte Meloni erklärt, dass sie die Initiative nicht weiterverfolgen werde.

"Die wachsenden Spannungen zwischen Peking und Washington, sowohl wegen Chinas Nähe zu Russland als auch wegen Chinas Taiwan-Politik", würden es zu riskant machen, sich wirtschaftlich mit der asiatischen Macht zu verbinden, hieß es aus Rom.

Medienberichten zufolge hatten die USA Rom ausdrücklich aufgefordert, zu dem Investitionspakt Stellung zu beziehen, das 2019 von der Vorgängerregierung um Premier Giuseppe Conte abgeschlossen worden war.

Befürchtet werden nun "wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen" aus Peking. Bisher wurden im Rahmen des Projekts "Seidenstraße" weltweit Infrastrukturprojekte im Wert von 900 Milliarden Euro finanziert.

\* \* \*

## **Ermittlungen abgeschlossen: Mörderin des Bloggers Tatarski wusste, dass sie eine Bombe übergibt**

<https://freeassange.rtde.live/russland/176193-ermittlungen-abgeschlossen-moerderin-bloggers-tatarski-handelte-vorsaetzlich/>

25.07.2023

**Die Ermittlungen gegen die mutmaßliche Terroristin, die im April 2023 bei einem Bombenanschlag in Sankt Petersburg den Militärblogger Wladlen Tatarski tötete und 30 weitere Personen verletzte, sind abgeschlossen, wie das staatliche Ermittlungskomitee mitteilte. Dabei habe sich erwiesen, dass die Mörderin entgegen ihrer Behauptungen vorsätzlich handelte.**

Das russische Ermittlungskomitee hat das Ermittlungsverfahren gegen die mutmaßliche Terroristin abgeschlossen, die in das Bombenattentat auf den Militärblogger Wladlen Tatarski verwickelt war, wie der Leiter der Behörde, Aleksandr Bastrykin, am Dienstag mitteilte. Die Ermittlungen haben ergeben, dass die russische Staatsangehörige Darja Trepowa entgegen ihrer anfänglichen Aussagen sehr wohl gewusst habe, dass sie eine getarnte Bombe transportierte und Tatarski übergab, die den Blogger tötete und ein Café im Zentrum von Sankt Petersburg zerstörte.

Wie Bastrykin am Dienstag gegenüber *RIA Nowosti* erklärte, wird in der nunmehr vorbereiteten Anklageschrift dargelegt, dass Trepowa von den in der Ukraine ansässigen Drahtziehern des Verbrechens online rekrutiert wurde:

*"Es ist erstaunlich, wie zynisch und grausam die Anhänger des Kiewer Regimes sind. Trepowa versuchte die Ermittler davon zu überzeugen, dass sie nicht wusste, dass die Statue einen Peilsender hatte. Die Untersuchung ergab jedoch, dass sie wusste, dass sie eine mit Sprengstoff gefüllte Statue transportierte."*

Tatarski, der mit bürgerlichem Namen Maksim Fomin hieß, kam Anfang April in Sankt Petersburg ums Leben, als eine als Büste von ihm getarnte Bombe, die ihm von Trepowa als Geschenk überreicht wurde, während eines Vortrags explodierte. Mehr als 30 Menschen wurden bei dem Vorfall verletzt. Moskau bezeichnete den Anschlag als terroristischen Akt und behauptete schon frühzeitig, die ukrainische Regierung stecke dahinter.

Trepowa wurde als die Kurierin identifiziert, die Tatarski das tödliche Geschenk überbrachte. Sie

wurde kurz nach dem Attentat verhaftet, als sie nach einem Weg suchte, das Land zu verlassen, wie die Strafverfolgungsbehörden mitteilten.

Der russische Geheimdienst FSB identifizierte den ukrainischen Staatsbürger Juri Denissow als wichtigen Komplizen von Trepowa. Er soll die getarnte Bombe besorgt und Informationen über Tatarski gesammelt haben und ist weiterhin auf freiem Fuß.

Russische Beamte haben Trepowas mutmaßliche Verbrechen mit ihrer Unterstützung der Anti-Korruptions-Organisation FBK in Verbindung gebracht, die vom Oppositionellen Alexej Nawalny gegründet wurde. Die Führer der Gruppe forderten die Menschen auf, die russische Regierung mit allen erforderlichen Mitteln zu untergraben, so Bastrykins Büro.

\* \* \*

## **Russischer Botschafter: Rosatom wird in Tansania großflächig Uran abbauen**

<https://freeassange.rtde.live/afrika/176234-russischer-botschafter-rosatom-tochtergesellschaft-wird/>  
26.07.2023

**Nach dem Bruch mit dem Westen expandiert das russische Unternehmen Rosatom in Richtung Afrika. So steht beispielsweise die intensive Erschließung von Uranvorkommen in Tansania kurz vor dem Beginn. Gefolgt von einem ähnlichen Projekt in Namibia.**

Erst kürzlich, im Vorfeld des Russland-Afrika-Gipfels, berichtete das russische Unternehmen Rosatom, dass es plant, in den Jahren 2023 bis 2025 mit dem Probeabbau und der Verarbeitung von Uranerz in Tansania zu beginnen. Nun bestätigte der russische Botschafter in Tansania Andrei Awetisjan in einem Interview mit der Nachrichtenagentur *RIA Nowosti*, dass die Rosatom-Tochter in den kommenden Jahren einen ernsthaften kommerziellen Uranabbau in Tansania betreiben wird. Der Botschafter erklärte:

*"Die Rosatom-Tochter Mantra in Tansania führt ein Uranabbauprojekt durch. Soweit ich weiß, wird derzeit der Bau einer Uranaufbereitungsanlage abgeschlossen, und ich denke, dass wir in den kommenden Monaten hören werden, dass dieses kleine Pilotprojekt angelaufen ist.*

*Wenn es sich erfolgreich entwickelt, wird das Unternehmen in den kommenden Jahren zu einem ernsthaften industriellen Uranabbau und zur Uranverarbeitung übergehen."*

Es wurde bereits berichtet, dass bei diesem Projekt eine umweltfreundliche In-situ-Auslaugungsmethode (Bohrlochauslaugung) angewandt werden soll. Nach der Inbetriebnahme wird das Mkuju-River-Projekt die erste Uranmine in Tansania sein und das Land zu einem der fünf größten Uranproduzenten in Afrika machen, so das Fachportal *Neftegaz.RU*. Hier wird berichtet:

*"Der Eigentümer des Projekts, Mantra Tanzania Ltd, ist eine Tochtergesellschaft von Uranium One, die wiederum Teil des Managementkreises der TENEX-Unternehmensgruppe von Rosatom ist. Mantra Tanzania Ltd verfügt über eine spezielle Bergbaulizenz, die vom tansanischen Ministerium für Energie und Bodenschätze erteilt wurde."*

Tansania soll Berichten zufolge nicht das einzige Land in Afrika sein, in dem Rosatom Uran abbauen wird. Ein ähnliches Projekt wird im Jahr 2029 in Namibia in Angriff genommen.

\* \* \*

## **FSB vereitelt ukrainischen Terroranschlag auf ein Schiff der Schwarzmeerflotte**

<https://freeassange.rtde.live/russland/176332-fsb-vereitelt-ukrainischen-versuch-terroranschlags/>  
27.07.2023

**Der russische Inlandsgeheimdienst hat nach eigenen Angaben einen Sprengstoffanschlag auf ein Schiff der russischen Schwarzmeerflotte verhindert. Ein offenbar vom ukrainischen Geheimdienst SBU angeworbener Mann wurde festgenommen, bei ihm wurden zwei Sprengsätze aufgefunden.**

Der Föderale Sicherheitsdienst Russlands (FSB) hat nach eigenen Angaben einen von der Ukraine geplanten Terroranschlag auf ein russisches Kriegsschiff der Schwarzmeerflotte verhindert.

Wie der Inlandsgeheimdienst am Donnerstag bekannt gab, habe das vereitelte Attentat einem mit hochpräzisen Raketen bestückten Schiff der russischen Schwarzmeerflotte gegolten. Zu diesem Zweck habe die ukrainische Seite einen Marineangehörigen angeworben.

Der Verdächtige sei im Rahmen der Ermittlungen festgenommen worden, hieß es in der FSB-Mitteilung. Bei ihm habe man zwei selbst gebaute Bomben mit einer Sprengkraft von einem Kilogramm TNT sichergestellt. Der Mann stehe darüber hinaus unter Verdacht, an den Gegner geheime Informationen weitergegeben zu haben.

Gegen den Festgenommenen wurde ein Strafverfahren nach den Artikeln 205 ("Terroristische Handlung"), 222.1 ("Illegaler Handel mit Sprengstoffen oder Sprengkörpern"), 275 ("Hochverrat") und 283 ("Offenlegung von Informationen, die ein Staatsgeheimnis darstellen") des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation eingeleitet.

\* \* \*

## **Polen übernimmt russische Vermögenswerte in großem Stil**

<https://freeassange.rtde.live/international/176364-polen-uebernimmt-russische-vermoegenswerte-in/>  
28.07.2023

**Polen hat Medienberichten zufolge die vorübergehende Leitung von zwei Unternehmen mit Verbindungen nach Russland übernommen. Bei den beiden Unternehmen handelt es sich zum einen um Boerner Insulation, einen Hersteller von Mineralwolle, sowie um Boerner Service, einen Vertreter von Dämmstoffen.**

Die polnische Regierung hat eine vorläufige Leitung für zwei Unternehmen mit russischen Verbindungen eingesetzt, berichtet der polnische Fernsehsender *TVP* unter Berufung auf den polnischen Minister für Entwicklung und Technologie Waldemar Buda.

Der Schritt erfolgte zwei Wochen nach Polens Übernahme der Kontrolle über den zwanzigprozentigen Anteil an Azoty, dem größten Chemiekonzern des Landes, der von dem russischen Geschäftsmann Wjatscheslaw Kantor kontrolliert wird. Bei den beiden Unternehmen handelt es sich um Boerner Insulation, einen Hersteller von Mineralwolle, und Boerner Service, einen Vertreter von Dämmstoffen, meldet die Zeitung.

Die Unternehmen, die den russischen Staatsbürgern Sergei Kolesnikow und Igor Rybakow gehören sollen, wurden vom polnischen Innenministerium und der Regierungsverwaltung mit Sanktionen belegt. Nach Angaben der Regierung wurde eine vorübergehende Leitung der Unternehmen

eingesetzt, um ihnen die Fortsetzung ihrer Tätigkeit zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu erhalten.

*"Wir werden den Prozess der Blockierung des russischen Einflusses und des russischen Kapitals nicht aufhalten", wird Buda von TVP zitiert.*

Obwohl die polnischen Behörden nicht befugt sind, russisches Vermögen direkt zu beschlagnahmen, können sie sanktionierte Unternehmen vorübergehend unter Aufsicht stellen. Im letzten Jahr hatte Polen bereits Vermögenswerte des russischen Energiekonzerns Gazprom übernommen und eine vorübergehende Führung für das russische Unternehmen Novatek Green Energy eingesetzt.

\* \* \*



## Analyse

### Wurden Tanker zum Angriff auf die Krim-Brücke genutzt?

<https://freeassange.rtde.live/international/175874-wurden-tanker-zum-angriff-auf/>

21.07.2023

**Die Hackergruppierung RaHDit hat Routen von Schiffen veröffentlicht, die zum Start von Drohnen zum Angriff auf die Krim-Brücke genutzt werden könnten. Der Vertreter einer der Reedereien bestreitet diese Angaben. Wie glaubwürdig sind die Behauptungen der Hacker?**

*Von Darja Wolkowa*

Am 20. Juli hat die Hackergruppierung RaHDit die Ergebnisse ihrer Ermittlung und die Routen von zwei Öltankern veröffentlicht, von denen aus möglicherweise die unbemannten Drohnen zum Angriff auf die Krim-Brücke gestartet worden waren. Nach Version der Hacker könnten die Tanker Beks Loyal und Khudayar Yusifzade an der Organisation des Terroranschlags beteiligt sein. Einer von ihnen war einige Tage vor dem Anschlag 100 Kilometer von Noworossijsk entfernt gefahren, der zweite hatte sich etwas weiter südlich befunden.

Später hatten sich die beiden Tanker auf See getroffen. Nach Meinung der Hacker waren zu diesem Zeitpunkt die Drohnen von einem Schiff auf das andere verladen worden. Darüber hinaus sind die Hacker der Ansicht, dass zur Steuerung der Drohnen ein weiteres Schiff habe eingesetzt werden können, das in unmittelbarer Sichtweite der Krim-Brücke gefahren war.

Die Tanker Beks Loyal und Khudayar Yusifzade fahren jeweils unter der Flagge der Marshallinseln und Liberias. Wie aus Angaben der Webseite *Marine Traffic* folgt, hatte die Khudayar Yusifzade am 5. Juli den ukrainischen Hafen Ismail verlassen und war kam am 18. Juli im griechischen Elefsina angekommen. Die Beks Loyal war ihrerseits am 13. Mai aus dem türkischen Hafen Tuzla gefahren und am 18. Juli im rumänischen Constanța angekommen.

Die Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* setzte sich mit einem Vertreter der Reederei Beks Shipmanagement & Trading S.A. in Verbindung. Er erklärte, dass die Behauptung über eine mögliche Beteiligung des Tankers Beks Loyal am Einsatz von Seedrohnen gegen die Krim-Brücke nicht der Wirklichkeit entspreche.

"Zum Zeitpunkt des Zwischenfalls befand sich unser Schiff unweit von diesem Ort, wir haben Angaben des internationalen Überwachungssystems *Marine Traffic*. Diese Nachricht entspricht nicht der Wirklichkeit", betonte der Geschäftsführer der operativen Abteilung der Reederei von Beks Loyal Efe Tunalı. Er erklärte, dass sich das Schiff in einer Entfernung von mindestens 100 Meilen (ca. 161 km) vom Ort des Zwischenfalls befand. Der Tanker sei "in keiner Weise mit militärischer Tätigkeit verbunden".

In der Nacht auf den 17. Juli führte die Ukraine einen Terrorangriff gegen die Krim-Brücke mithilfe von Seedrohnen durch. Russlands Ermittlungskomitee leitete ein Strafverfahren wegen Terroranschlags ein. Der Straßenbelag war beschädigt worden, die Brückenpfeiler hatten standgehalten. Bei der Explosion war ein Mädchen aus dem Gebiet Belgorod verwundet worden, ihre Eltern waren ums Leben gekommen.

Was die Meldungen der Hacker von RaHDit angeht, stellt sich einige Fragen, falls sich ihre Version

bestätigen sollte: Sind die Schiffseigner Mittäter des Terroranschlags? Und wenn ja, wie kann Russland sie zur Verantwortung ziehen?

"Theoretisch ist das von den Hackern veröffentlichtes Schema möglich. Vom technischen Standpunkt ist alles logisch. Dennoch macht mich die Tatsache stutzig, dass Schiffe von unterschiedlichen Inhabern eingesetzt wurden. Eine solche Herangehensweise an die Planung könnte zu einem Informationsleck führen. Wenn das allerdings von zwei Schiffen, die der gleichen Gesellschaft gehören, getan worden wäre, wäre diese Version überaus glaubhaft", schätzte der Militärexperte Juri Knutow ein.

"Ist es tatsächlich so passiert, müssen die Inhaber der Schiffe Verantwortung für Beihilfe zum Terrorismus übernehmen. Natürlich wird es für uns schwierig sein, sie über internationale Gerichte zur Verantwortung zu ziehen, allerdings ist es einen Versuch wert. Darüber hinaus ist Russland imstande, sie in absentia zu verurteilen und mit der Zeit gewisse Maßnahmen zu ergreifen", bemerkte er.

"In Wirklichkeit beweist dieser Anschlag die Notwendigkeit, zur Erfahrung des Großen Vaterländischen Krieges zurückzukehren. Damals stellten wir Schwimmsperren auf, um gegnerische U-Boote daran zu hindern, ins Fahrwasser unserer Stützpunkte zu segeln und Torpedos abzufeuern", führte er aus.

"Die Krim-Brücke ist die längste in Russland und Europa, deswegen ist es recht schwer, sie vollständig mit solchen Sperren zu decken. Man kann sie allerdings an Pfeiler in Abstand von drei bis fünf Kilometern anbringen. Darüber hinaus wäre der Einsatz von Unterwasserhorchgeräten durchaus effektiv. Die Grundlage dieses Systems bilden akustische Methoden. Um die Brücke zu schützen, werden nur etwa fünf Geräte benötigt", bemerkte Knutow.

"Ich möchte anmerken, dass das ukrainische Militär die Brücke in der Nähe des 145. Pfeilers angegriffen hat, denn er befindet sich näher zum Gebiet Krasnodar, wo die Überwachung möglicherweise schwächer ist. Ein weiterer Grund könnte darin bestehen, dass das Wasser an dieser Stelle ziemlich nahe an den Straßenbelag kommt. In einer solchen Lage sollten wir zur Überwachung Drohnen in der Nähe starten", schlug er vor.

"Im Grunde setzt der Einsatz von unbemannten Überseebooten, die zum Angriff auf die Krim-Brücke eingesetzt wurden, das Vorhandensein eines Trägerschiffs voraus. Daher ist die Erklärung, wonach diese Boote von einem der im Schwarzen Meer kursierenden Schiffe aus gestartet wurden, durchaus plausibel", sagte Igor Korotschenko, Chefredakteur der Zeitschrift *Nazionalnaja oborona* ("Nationale Verteidigung").

"Theoretisch ist es möglich, die Boote von der Küste aus zu starten, doch hier sollte man verstehen, von welchem genau. Ein Start von ukrainischem Territorium aus ist wahrscheinlicher als beispielsweise aus der Türkei. Dabei ist ein solcher Start viel schwieriger und riskanter, ein Start von einem Schiff aus ist effektiver", bemerkte er.

"Dabei würde ich vorziehen, die Untersuchungsergebnisse der zuständigen russischen Behörden abzuwarten und nicht nur den Hackern zu vertrauen. Denn Schlüsse sollten nur auf der Grundlage offizieller und geprüfter Information gezogen werden", fügte er hinzu. "Es ist offensichtlich, dass dieses Ereignis ein Akt des internationalen Terrorismus ist. Ich bin zutiefst überzeugt, dass die Antwort darauf nicht nur auf juristischer, sondern auch auf militärischer Ebene liegen und einen präventiven Charakter haben sollte. Russische Luft- und Weltraumstreitkräfte sollten Schiffe, die zur Organisation von Terroranschlägen gegen unser Land eingesetzt werden, versenken. Doch dafür muss die Aufklärung gut funktionieren, es ist notwendig, Beweise und Angaben über Anschläge in

Vorbereitung zu sammeln", schlug Korotschenko vor.

Der Militärexperte Maxim Klimow vermutet seinerseits, dass es sich bei der Untersuchung der Hacker um einen Fake handeln könnte. "Dies ist durch eine Reihe von Faktoren begründet. Insbesondere erlauben die Entfernungen in dieser Region, die Drohnen von der Küste aus zu steuern, und noch am 16. Juli wurde eine Gruppe von Motorbooten in der Nähe der Smeiny-Insel fotografiert", bemerkte er.

"Darüber hinaus erscheint es mir unlogisch, dass zwei ausländische Reedereien es in Kauf nehmen würden, ihre Tanker für einen solchen Angriff nutzen zu lassen. Deswegen habe ich keine Gründe und Argumente, dieser Version zu vertrauen", zeigte sich Korotschenko überzeugt.

*Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei Wsgljad.*

\* \* \*

## **Podoljaka: Russland entreißt Kiew die Initiative**

<https://freeassange.rtde.live/europa/175901-podoljaka-russland-entreisst-kiew-initiative/>

22.07.2023

**Die ukrainischen Verbände bei Saporoschje haben sich weitestgehend abgeschliffen. Das erklärt Juri Podoljaka in seiner neuen Analyse. Kiew sei dabei, die Initiative an Russland zu verlieren. Heftiger als in Saporoschje seien mittlerweile die Kämpfe im Norden, wo Russland vorrückt.**

Waleri Saluschny, Generalstabsleiter der Ukraine, soll sich momentan äußerst vehement gegen die Fortsetzung der Offensive Kiews am Frontabschnitt Saporoschje aussprechen. Auf solche Meldungen aus ukrainischen Quellen verweist Juri Podoljaka in seiner Analyseausgabe zum 21. Juli 2023.

Der General befürchte, heißt es, dass anderenfalls die ukrainischen Streitkräfte nur noch unnütz ausgeblutet werden und dem russischen Militär bei dessen später zu erwartenden Offensivaktionen das Vorrücken erleichtert werde. Auch griffen die Ukrainer an diesem Frontabschnitt in den letzten 24 Stunden überhaupt nicht mehr an – Russlands Soldaten hingegen haben sogar erstmals einige der Verteidigungsstützpunkte erobert, von denen aus die Ukraine ihre Offensive vor eineinhalb Monaten begann. Es ergibt sich ein vielsagendes Bild, so der Journalist: Die ukrainischen Verbände bei Saporoschje haben sich weitestgehend abgeschliffen und sind dabei, die Initiative an Russland zu verlieren.

Es sieht ganz so aus, beobachtet Podoljaka, dass Kiew nun einen anderen Brennpunkt als die Hauptstoßrichtung weiterer seiner Offensivhandlungen festlege – Artjomowsk am Frontabschnitt Donbass: Die Kämpfe dort sind mittlerweile deutlich intensiver als am Frontabschnitt Saporoschje.

Kiews Reserven werden jedoch nicht so sehr zu Artjomowsk verlagert, sondern zum nördlichsten Frontabschnitt Charkow-Swatowo: Hier versucht Kiew, das langsame, aber stetige Vorrücken Russlands an mehreren Brennpunkten aufzuhalten, indem es dort immer weitere Einheiten in den Kampf wirft – bislang jedoch vergeblich.

Juri Podoljaka ist ein ukrainischer politischer Blogger und Journalist aus Sumy, dessen Einsichten im Zeitraum um den Beginn der Intervention in den russischen Medien zunehmend gefragter wurden. Seine Analyseausgaben warten mit nur wenigen Zahlen auf, dafür vermittelt er anhand von Karten aber ein gutes Verständnis vom räumlichen Umfang der jeweiligen Entwicklungen und

bietet dann und wann kurzfristige Prognosen.

An Quellen bemüht Podoljaka einerseits offen zugängliche Daten. Dies sind Meldungen von Augenzeugen in den sozialen Medien sowie Meldungen des russischen, aber auch des ukrainischen Verteidigungsministeriums. Andererseits gibt er Insiderquellen an. Neben solchen in den Volksmilizen und Sicherheitsorganen der russischen Volksrepubliken Donezk und Lugansk seien dies solche in den ukrainischen Sicherheits- und Regierungsbehörden, die er aufgrund alter Beziehungen aus der Zeit als ukrainischer Journalist noch zu unterhalten erklärt. Um es mit dem aktuellen Jargon der Aufklärungsdienste auszudrücken, ist Juri Podoljaka also vornehmlich ein OSINT-Analyst.

Seit dem Jahr 2014 lebt Podoljaka im russischen Sewastopol. Sein Kanal auf Youtube hatte vor der Löschung durch die Verwaltung der Plattform 2,6 Millionen Abonnenten.

\* \* \*

## **Der Überraschungsbesuch von Kissinger in Peking zeigt den Ernst der Lage zwischen China und den USA**

<https://freessange.rtdc.live/international/176006-ueberraschungsbesuch-von-kissinger-in-pekings/>

23.07.2023

**Man muss anerkennen, dass weder Washington noch Peking Informationen über den Besuch Henry Kissingers in China im Voraus preisgegeben haben. Das deutet darauf hin, dass beide Seiten befürchtet haben, dass der Besuch entgleisen könnte.**

*Eine Analyse von Andrew Korybko*

Die Spannungen zwischen China und den USA sind weiterhin sehr ernst, wie der Überraschungsbesuch von Henry Kissinger in Peking zeigt. Die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* gab Einzelheiten darüber bekannt und berichtete, dass die graue Eminenz Kissinger bei seinem Treffen mit dem chinesischen Verteidigungsminister Li Shangfu, der von den USA mit Sanktionen belegt wurde, beide Staaten dazu aufgerufen habe, "Missverständnisse zu beseitigen, friedlich zu kooperieren und Konfrontationen zu vermeiden". Der mittlerweile 100-jährige Kissinger hätte diese Reise nach Peking nicht angetreten, wenn er die Situation zwischen beiden Staaten nicht für kritisch gehalten hätte.

Die Handels- und Technologiekonflikte zwischen den USA und China eskalieren zunehmend, während die USA über den Staatenbund AUKUS+ regionale Verbündete zusammentrommeln. Dieser Trend erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Zwischenfalls in der Luft oder auf See im umstrittenen Ost- und Südchinesischen Meer, der durch simple Fehleinschätzung einen für beide Seiten zerstörerischen Krieg auslösen könnte. Gleichzeitig weiß nach Joe Bidens offenem Eingeständnis nun die ganze Welt, dass die Vorräte an Munition der USA aufgebraucht sind, was darauf hindeutet, dass die USA seit Februar 2022 deutlich geschwächt wurden.

Antichinesische Hardliner in der politischen Bürokratie der USA könnten befürchten, dass Peking diese Tatsache – und die Fokussierung Washingtons auf den Stellvertreterkrieg der NATO in der Ukraine – ausnutzen könnte, um gegen Taiwan vorzugehen, ein Szenario, das gemäß anti-amerikanischen Hardlinern der politischen Bürokratie Chinas vorschweben könnte. Diese Beobachtung soll einem solchen Ereignisablauf keine Glaubwürdigkeit verleihen und auch nicht im Widerspruch zu Pekings offiziellem Ansatz einer friedlichen Wiedervereinigung mit Taiwan stehen, sondern lediglich den möglichen politischen Kontext hervorheben.

Vor diesem Hintergrund fühlte sich Kissinger wohl verpflichtet, privat einzugreifen, um diese Spannungen zu entschärfen. Auch vor dem Hintergrund seiner führenden Rolle, die er bei der Vermittlung der historischen Annäherung zwischen China und den USA vor einem halben Jahrhundert gespielt hat. Denn wenn ihm die Angelegenheit nicht persönlich so sehr am Herzen läge, würde er nicht seine verbliebene Gesundheit riskieren, indem er über den Pazifik fliegt, nur um Gespräche mit dem chinesischen Verteidigungsminister zu führen.

Der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin beklagte kürzlich die mangelnde Kommunikation mit seinem chinesischen Amtskollegen. Die meisten Beobachter führen dies darauf zurück, dass Peking genug Selbstachtung hat, um den wiederholten Forderungen Washingtons nicht nachzugeben, solange die gegen den obersten chinesischen Militär verhängten Sanktionen aufrechterhalten werden. Die Aussicht auf eine Rückkehr zum "üblichen Geschäft", ohne dass diese Sanktionen fallen gelassen werden, könnte einige zu der Annahme verleiten, dass China sich stillschweigend dazu entschlossen habe, den "Juniorpartner" der USA zu spielen. Das ist allerdings recht unwahrscheinlich.

Dennoch könnten beide Seiten von einem informellen Dialog profitieren, wenn dieser über einen vertrauenswürdigen Vermittler wie Kissinger geführt wird. China und die USA haben ein Interesse daran, mehr über die Absichten des anderen zu erfahren, um die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts zu verringern. Zu diesem Zweck müssen sie die Wahrnehmungen ihrer eigenen Hardliner und jener des jeweiligen Gegenübers in den Griff bekommen. Geschieht dies nicht, könnte es passieren, dass einer der beiden Staaten zu kriegerischen Handlungen übergeht.

Ohne mehr Klarheit darüber zu haben, was das Gegenüber erreichen will und wie es in einem Krisenszenario reagieren wird, ist es für Hardliner einfacher, politische Entscheidungsträger auf ihre Seite zu ziehen. Wenn sich das nicht ändert, könnte das ohnehin schon gefährliche Sicherheitsdilemma irgendwann in diesem Jahrzehnt in einen veritablen Krieg münden. Aus dieser Perspektive betrachtet ist Kissingers Besuch in Peking von enormer Bedeutung.

Der größere Kontext, in dem der Besuch stattfand, lässt vernünftigerweise vermuten, dass Kissinger und der chinesische Verteidigungsminister Shangfu versucht haben, einander davon zu überzeugen, dass ihre jeweiligen Staatsoberhäupter keinen heißen Krieg wünschen, wie ihn sich die Hardliner auf beiden Seiten herbeisehnen. Wie dem auch sei, gerade wegen des Einflusses, den diese Hardliner tatsächlich bis zu einem gewissen Grad ausüben, ist es unwahrscheinlich, dass eine der beiden Seiten, als "Geste des guten Willens", einseitige Zugeständnisse machen wird.

Zyniker könnten zu dem Schluss kommen, dass das Fehlen eines greifbaren Ergebnisses bedeutet, dass die abgehaltenen Gespräche die Spannungen nicht entschärft haben und daher nutzlos waren. Aber das zu behaupten ist verfrüht, denn es bleibt abzuwarten, ob die Zusicherung beider Seiten, dass ein Krieg nicht erwünscht ist, die Dynamik der Gestaltung der Politik des jeweils anderen beeinflussen wird. Der einzige Grund, warum diese unvorhergesehenen Gespräche überhaupt stattfanden, war, dass die jeweiligen Staatsoberhäupter den Einfluss ihrer eigenen Hardliner und jener der anderen Seite eindämmen wollten.

Man muss anerkennen, dass weder Washington noch Peking die Nachricht über Kissingers Besuch in China im Voraus preisgegeben haben, was darauf hindeutet, dass beide Seiten befürchtet haben, dass dieser Besuch entgleisen könnte. Indem sie diese Nachricht bis zum Abschluss der Gespräche zwischen Kissinger und Verteidigungsminister Shangfu geheim hielten, signalisierten sich die chinesische und die US-Regierung einander, dass sie diesen informellen Dialog aufrichtig begrüßen. Man einigte sich anschließend darauf, die Öffentlichkeit im Nachhinein über Kissingers Besuch zu informieren, um die Hardliner davon abzuhalten, die Sache im Voraus verschwörerisch für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Da der Zweck dieser Gespräche darin bestand, dem jeweils anderen zuzusichern, dass ein Krieg nicht erwünscht ist, und herauszufinden, ob das Gegenüber genauso denkt, ist damit zu rechnen, dass die Erkenntnisse dieser Gespräche nach einer gewissen Zeit in die jeweiligen politischen Bürokratien eindringen werden. Das hat es zugleich unmöglich gemacht, den Besuch Kissingers auf unbestimmte Zeit geheim zu halten, weshalb die Nachricht direkt nach Ende der Gespräche veröffentlicht wurde, was auch ein wichtiges Signal an die internationale Gemeinschaft war.

Die Führungen Chinas und der USA wollten die Welt wissen lassen, dass keiner von beiden einen bewaffneten Konflikt anstrebt, und gleichzeitig die Sorge zum Ausdruck bringen, dass der gegenwärtige Verlauf der Spannungen den Einfluss der Hardliner befeuern wird, sodass ein bewaffneter Konflikt unausweichlich werden könnte, wenn diesem Einfluss nicht entgegengewirkt wird. Aus diesem Grund wurde wohl vereinbart, dass Kissinger der Volksrepublik China einen geheimen Besuch abstattet, um informell einen Dialog zur Bewältigung des brandgefährlichen Dilemmas einzuleiten.

Es ist noch zu früh, den Erfolg der Bemühungen von Henry Kissinger auf die eine oder andere Weise einzuschätzen. Beobachter können lediglich erkennen, dass auf höchster Ebene ein gegenseitiges Interesse besteht. Nach all dem, was seit dem Vorfall mit dem sogenannten "Spionageballon" im vergangenen Februar passiert ist, ist eine weitere Entspannung wahrscheinlich nicht unmittelbar in Sicht, weshalb das Beste, was man sich wünschen kann, darin besteht, dass die Hardliner irgendwann ins Abseits gedrängt werden, um Raum für Pragmatiker zu schaffen, die realistische Szenarien der Deeskalation ausprobieren.

*Aus dem Englischen*

*Andrew Korybko ist ein in Moskau ansässiger amerikanischer Politologe, der sich auf die US-Strategie in Afrika und Eurasien sowie auf Chinas Belt & Road-Initiative, Russlands geopolitischen Balanceakt und hybride Kriegsführung spezialisiert hat.*

\* \* \*

## **Warschau schäumt vor Wut: Putin hat Polen an Stalins Geschenk erinnert**

<https://freeassange.rtde.live/europa/176086-warschau-schaeumt-vor-wut-putin-erinnerte/>

25.07.2023

**Das hat was: Die polnischen Geschichtsrevisionisten werfen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin Geschichtsrevisionismus vor. Warum? Weil Putin an die belegte historische Tatsache erinnert hat, dass Polen dank Stalin in Besitz der früher deutschen Ostgebiete ist.**

*Von Wladimir Kornilow, RIA Nowosti*

Polen befindet sich wieder einmal im Zustand der Hysterie. Seit einigen Tagen kochen Politiker und Propagandisten verschiedener Couleur vor Wut über die Äußerungen Wladimir Putins beim Treffen mit den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates am Freitag.

Auf offizieller Ebene hat sich der Zorn bereits in Form einer Vorladung des russischen Botschafters Sergei Andrejew in das polnische Außenministerium entladen. Gleichzeitig kann Warschau nicht in klare Worte fassen, was es an den Worten des russischen Präsidenten konkret auszusetzen hat – deshalb die Hysterie.

Putin hat einen Teil seiner Rede am Freitag den Plänen Warschau gewidmet, ukrainisches Land zu besetzen. Dies ist nicht aus der Luft gegriffen – Polen selbst diskutiert seit einigen Tagen über das viel beachtete Interview seines Präsidenten Andrzej Duda mit der deutschen *Bild-Zeitung*. Darin räumte dieser die Stationierung polnischer Truppen auf ukrainischem Gebiet "im Falle eines Waffenstillstands" ein. Die polnische Presse ist von diesen Aussichten regelrecht begeistert. Die Zeitung *Fakt* zum Beispiel widmete dem Thema eine ganze Seite unter der Überschrift "Wir müssen unseren Nachbarn helfen". Den Lesern wird eine Umfrage unter normalen Bürgern präsentiert, von denen die meisten die mögliche Einführung polnischer Truppen in der Ukraine enthusiastisch unterstützen.

Es wäre seltsam, wenn Russland darauf nicht reagieren würde. Zumal Polen seit langem Pläne diskutiert, sich auch einen Teil des weißrussischen Territoriums anzueignen. Deshalb reagierte das russische Staatsoberhaupt darauf mit einer strengen Warnung an die Polen:

*"Eine Aggression gegen Weißrussland ist eine Aggression gegen die Russische Föderation. Darauf werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln antworten."*

Eine nützliche Mahnung – damit man sich in Warschau in dieser Hinsicht keine Illusionen macht.

Aber der größte Teil der Hysterie polnischer Beamter hat nicht einmal etwas mit diesem Teil der Rede des russischen Präsidenten zu tun. Warschau reibt sich an Putins anlassbezogenem historischen Exkurs. Vor allem an seinen Worten über die Grenzen Polens:

*"Die westlichen Gebiete des heutigen Polens sind ein Geschenk Stalins an die Polen. Haben das unsere Freunde in Warschau vergessen? Wir werden sie daran erinnern."*

Es war diese Passage, die die polnischen Spitzenpolitiker aufschreien ließ. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki schrieb:

*"Stalin war ein Kriegsverbrecher, der für den Tod von hunderttausenden Polen verantwortlich war. Die historische Wahrheit steht außer Frage."*

Stanisław Żarow, Sprecher des polnischen Geheimdienstes, schlug ähnliche Töne ein:

*"Wladimir Putin bedient sich wieder einmal des Geschichtsrevisionismus, um falsche Anschuldigungen gegen die Republik Polen zu verbreiten."*

Und der stellvertretende polnische Außenminister Paweł Jabłoński sagte nach einem Krisentreffen mit unserem Botschafter:

*"Diese pseudohistorischen Argumente, Versuche, den Kriegsverbrecher Stalin zu beschönigen, (...) sind ein Akt, den Polen als Versuch interpretiert, eine Eskalation zu provozieren."*

Und dies ist nur eine kleine Liste von Beamten, die ihre Meinung zu Putins historischem Exkurs kundgetan haben. Ganz zu schweigen von einer Flut von Äußerungen verschiedener "Experten", "Analysten" und anderer "Institutionen des nationalen Gedächtnisses" zum selben Thema in polnischen Medien – man kann sie nicht zählen!

Nur eines fehlt bei all dem empörten Aufheulen: die Widerlegung der von Putin angeführten Fakten. Denn es ist unmöglich, sie zu widerlegen, sie sind offensichtlich und wohlbekannt. Es genügt, sich mit den Unterlagen der Potsdamer Konferenz von 1945 vertraut zu machen, wo die

Frage der Festlegung der Westgrenze Polens zum Hauptstreitpunkt zwischen Stalin, Truman und Churchill wurde. Bei dem Treffen am 21. Juli (übrigens am selben Tag wie Putins Rede – 78 Jahre später!) verteidigte Stalin entschlossen das Recht Polens auf die deutschen Ostgebiete und ging sogar so weit, auf Reparationen zugunsten der UdSSR aus diesen Gebieten zu verzichten. Und das zu einer Zeit, als unser Land in Trümmern lag und enorme Mittel für den Wiederaufbau benötigte!

Jetzt behaupten die Polen, die Feststellung dieser unbestreitbaren Tatsache, die durch Dokumente und zahlreiche Memoiren bestätigt wird, sei "pseudohistorischer Revisionismus"! Und wie man Putins Worte über Polen auch dreht und wendet, man wird nirgends einen Versuch finden, Stalin zu "beschönigen". Wenn man will, kann man sie sogar als Verurteilung interpretieren: Warum sollten wir den Polen deutsches Land gegeben haben, wenn Warschau es sowieso nicht danken wird? Aber das ist es ja, was Hysterie ausmacht – Argumente, Fakten, Daten und Zitate spielen bei einem Wutanfall absolut keine Rolle.

Die zunehmende Nervosität Warschaus lässt sich damit erklären, dass den Behörden der Boden unter den Füßen entgleitet. Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Parlamentswahlen gleichen sich die Werte der Regierung allmählich denen der Opposition an. Der einst solide Abstand zwischen der Regierungskoalition und der Opposition hat sich bereits praktisch auf null reduziert. Daher die abenteuerlichen Pläne der polnischen Regierungschefs, die Ukraine zu besetzen, und die provokativen Äußerungen über Russland. Sie versuchen, ihre Popularität auf einer chauvinistischen Welle zu steigern (wie es das Piłsudski-Regime schon in den 1930er Jahren tat).

Deshalb flippen sie jetzt in Warschau aus. Nicht, weil Putin sie an die unumstößlichen Fakten der Geschichte erinnert hat. Sondern, weil er die Polen deutlich vor den Folgen von Abenteuern gewarnt hat. Und hier wird eine Kenntnis der Geschichte nicht überflüssig sein – Warschau sollte sich daran erinnern, dass jedes antirussische Abenteuer mit der Teilung Polens endete. Und nur im Bündnis mit Moskau hat es einst Geschenke in Form deutscher Gebiete erhalten.

*Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist zuerst am 24. Juli 2023 auf ria.ru erschienen.*

\* \* \*

## **Wunderwaffen aus dem Westen - Das russische Militär bekämpft sie alle mit zunehmendem Erfolg**

<https://freeassange.rtde.live/international/176180-welche-waffen-ukrainische-militaer-enttaeuschten/>

26.07.2023

**Westliche Waffen, die zum Beginn ihrer Lieferung an die Ukraine als kriegswendend gepriesen wurden, werden von den russischen Streitkräften mit zunehmender Effektivität bekämpft. Dies ist bereits bei den Javelin-Panzerabwehrkomplexen, HIMARS-Mehrfachraketenwerfern und Storm-Shadow-Raketen der Fall.**

*Von Andrei Koz*

Die russischen Streitkräfte haben erneut eine Aufklärungs- und Kampfdrohne des Typs Bayraktar TB2 aus türkischer Produktion abgefangen. Nach Schätzungen westlicher Spezialisten war das eine der wenigen Drohnen dieses Typs, die das ukrainische Militär noch übrig hatte. Dabei waren auf diese Drohnen große Hoffnungen gesetzt worden, wie auch auf andere Lieferungen aus den NATO-Staaten.



## Türkische "Vögelchen"

Die Drohne kreiste mehrere Tage lang über dem Kinburn-Bogen. Bei einem ihrer Flüge kam sie viel zu nahe heran und wurde von der Luftabwehr vernichtet. Vom Absturzort wurden verbliebene gesteuerte Minibomben MAM-L geborgen.

Diese Episode hat bewiesen, dass die Erwartungen, die mit diesen Drohnen verbunden waren, gelinde gesagt, etwas überhöht waren. Vor dem Februar 2022 betrachtete Kiew unter dem Eindruck der Effizienz der Bayraktar im Karabach-Konflikt diese Drohnen als eine Waffe des Sieges über die Streitkräfte des Donbass. Doch als sich Russland in den Konflikt einschaltete, änderte sich alles.

"Vergleichsweise langsam und tieffliegend sind sie ein relativ leichtes Ziel für gut organisierte Luftabwehrsysteme. Seitdem die russischen Militärangehörigen gelernt hatten, vereint zu agieren, ist es ihnen gelungen, eine Menge dieser TB2 abzuschießen. Nach unseren Schätzungen wurden praktisch alle Drohnen dieses Typs, die an Kiew geliefert wurden, vernichtet", erklärte der Experte des US-amerikanischen Zentrums für Marineanalyse (CNA), Samuel Bendett.

Das ukrainische Militär hat von der Türkei zwischen 35 und 50 Bayraktar-Drohnen erhalten. Sie wurden aktiv in ihrer Angriffsfunktion während der Kämpfe um die Schlangeninsel seit Mai 2022 eingesetzt. Doch hohe Verluste zwangen das ukrainische Militär, sie zu Aufklärern umzurüsten und aus einer möglichst großen Entfernung einzusetzen. Freilich garantiert auch das kein Überleben der Drohnen.

Dennoch hat die Ukraine es nicht eilig, auf diese Technik zu verzichten. Mitte Juli berichtete der Minister für Angelegenheiten der strategischen Industriezweige, Alexander Kamyschin, über den Bau einer Fabrik zur Produktion von Bayraktar-Drohnen.

## Wetterabhängig

Neben den türkischen Drohnen wurden besonders große Hoffnungen auf westliche Panzerabwehrwaffen gesetzt, vor allem den US-amerikanischen Panzerabwehrraketensystem Javelin. Das ukrainische Militär setzte sie in großem Umfang in den ersten Monaten der militärischen Sonderoperation ein – vor allem an den Frontabschnitten Kiew und Charkow sowie in Mariupol.

Wie ukrainische Militärangehörige bemerkten, erwies sich die Waffe als erfolgreich bei einem Einsatz aus dem Hinterhalt. Den Angaben russischer Panzersoldaten zufolge retten die Reaktivpanzerung sowie spezielle "Schirme" an den Türmen gegen Hohlladungsgeschosse nicht immer vor diesen Raketen.

Doch auch die Javelins wurden nicht zu einem Allheilmittel. Es gab Fälle, bei denen ein Panzer auch nach vier Treffern betriebsfähig blieb. Darüber hinaus ist das System sehr anspruchsvoll: Die Sicherheit der Anvisierung des Ziels hängt stark vom Wetter und Umweltbedingungen ab. Wie Teilnehmer der Kämpfe in Mariupol angaben, waren die Panzerabwehrraketen dort nicht sehr hilfreich – das System "sah" schlicht keinen Panzermotor vor dem Hintergrund von Großbränden.

Selbst die USA haben die unzureichende Effizienz der Javelins eingeräumt. Die Zeitung *The Washington Post* berichtete, dass das Pentagon es versäumt habe, die 286-seitige Bedienungsanleitung ins Ukrainische zu übersetzen. Die ukrainischen Soldaten mussten daher alles mithilfe eines Übersetzungsprogramms lernen. Es mangle auch an zusätzlichen Batterien, während sich ein Javelin in nur vier Stunden entlädt.

## Gedämpft und abgeschossen

In den vergangenen Monaten hat sich die russische Armee an die westlichen Waffen angepasst. Schützenpanzer und Kampfpanzer der NATO brennen nach dem Einschlag einer Panzerabwehrrakete genauso wie ihre sowjetischen Pendanten. Auch die hochgelobten Mehrfachraketenwerfer HIMARS richten heute viel weniger Schaden an als noch vor einem halben Jahr.

Die US-amerikanische Zeitschrift *Military Watch Magazine* berichtete unter Verweis auf Quellen im Pentagon, dass Russland diese Raketensysteme immer öfter mit Mitteln der elektronischen Kampfführung blockiert. Die Experten wissen nicht genau, wie. Doch die Effektivität der gesteuerten GMLRS-Raketen hat sich drastisch verringert – sie werden von der Luftabwehr im Flug abgefangen.

"Russland verfügt über viele Mittel der elektronischen Kampfführung und Spezialisten für deren Einsatz – mehr, als in vielen westlichen Armeen. HIMARS-Systeme müssen ständig nachbearbeitet werden, damit sie trotz Gegenmaßnahmen effektiv bleiben", behauptet die Zeitschrift.

Das russische Verteidigungsministerium meldet täglich den Abschuss mehrerer HIMARS-Raketen. Aber dennoch bleiben sie eine gefährliche Waffe. Nach ihrem Erhalt im vergangenen Sommer konnte das ukrainische Militär russisches Hinterland angreifen, ohne zu riskieren, unter Gegenfeuer zu geraten. Es ist bekannt, dass etwa 30 HIMARS-Anlagen und etwa 15 MLRS-Systeme mit Raupenkette geliefert wurden, ohne Berücksichtigung von Mehrfachraketenwerfern aus anderen Ländern.

## Wertvolle Trophäe

Die gegenwärtig letzte Wunderwaffe, die der Westen an die Ukraine geliefert hat, sind die britisch-französischen Marschflugkörper SCALP/Storm Shadow. Ihre Reichweite beträgt 300 Kilometer, sie verfügen über eine sehr tief gelegene Flugbahn. Die Raketen fliegen in kleinstmöglichen Tiefen, die für Luftabwehrkomplexe mit großer Reichweite unerreichbar sind. Eine Storm-Shadow-Rakete kann nur im letzten Segment ihrer Flugbahn abgefangen werden, wenn sie vor dem Angriff in die Höhe steigt.

Diese Raketen werden von einem Flugzeug aus abgefeuert und agieren anschließend selbstständig – ihre Flugmission wird im Voraus hochgeladen. Jede Rakete ist mit einem Sprengkopf von 450 Kilogramm Masse ausgerüstet. All das sieht sehr eindrucksvoll aus, doch auch diese Raketen haben die Frontlage nicht zugunsten der Ukraine geändert. Russland hat gelernt, sie abzuschießen.

Außerdem ist es Anfang Juli gelungen, eine praktisch unbeschädigte Rakete zu erbeuten, die aus unbekanntem Grund ihr Ziel nicht erreichen konnte. Höchstwahrscheinlich wird sie schon analysiert, und ein Gegenmittel kann in nächster Zeit erscheinen."

*Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei RIA Nowosti.*

\* \* \*

## Bundesregierung plant umstrittene Neuregelung bei Reisepassentzug

<https://freessange.rtdc.live/inland/176376-bundesregierung-plant-umstrittene-neuregelung-bei/>  
28.07.2023

**Allem Anschein nach soll es für die Behörden in Deutschland künftig leichter werden, einem deutschen Staatsbürger die Ausstellung eines Reisepasses zu verweigern oder ihm sogar einen bereits ausgestellten Reisepass wieder zu entziehen.**

*Von Tom Dannert*

Bereits am 24. April hatte die Bundesregierung mit diesem Ziel einen Entwurf für eine Gesetzesänderung in den Deutschen Bundestag eingereicht, der unter anderem auch den vorübergehenden Passentzug in Deutschland erleichtern soll, falls der Inhaber dieses Passes eine Gefahr für die Sicherheit oder die Interessen der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Der Gesetzentwurf befindet sich derzeit noch im Prozess der Anhörung für das Vorhaben zur "Modernisierung des Pass-, des Ausweis- und des ausländerrechtlichen Dokumentenwesens" und ein entsprechender Entschließungsantrag an den zuständigen Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages vom Anfang Juni lautet: "Passversagung bei Teilnahme an ausländischen Veranstaltungen, deren Inhalte im Widerspruch zu den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes stehen". Nach dieser offiziellen Begründung der regierenden Ampelkoalition als Antragsteller wolle man damit besser verhindern, dass deutsche Staatsangehörige an rechtsextremistischen Veranstaltungen im Ausland teilnehmen können.

Dass sich diese Regierungsinitiative ausschließlich gegen Neonazis und andere Rechtsradikale richtet, die angeblich leichter an einer Ausreise gehindert werden sollen, wird jedoch zunehmend infrage gestellt. So beklagen Kritiker in dieser Angelegenheit unter anderem, dass ein "Widerspruch zu den Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" eigentlich relativ schnell konstruiert und ein Bürger folglich auch schnell zum "Extremisten" erklärt werden könne. Dies hätten nämlich bereits die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg beschlossenen rechtlichen Sanktionen in Bezug auf Äußerungen gezeigt.

Ein zentraler Kritikpunkt lautet aber, dass der angebliche Fokus auf "Rechtsextremismus" oder die Forderung, Rechtsextremisten leichter an der Ausreise zu hindern, in dem Text des Gesetzentwurfs mit keinem Wort erwähnt wird. Die Rede ist lediglich von "einer beabsichtigten Teilnahme an extremistischen Veranstaltungen im Ausland", die eine "Gefährdung des internationalen Ansehens der Bundesrepublik Deutschland" nach sich ziehen könnte.

An dieser Stelle ist übrigens auf den bemerkenswerten Aspekt hinzuweisen, dass die Bundesbehörden offenbar nicht jedes fragwürdige Engagement von deutschen Rechtsextremisten im Ausland auch als solches identifizieren und dagegen vorgehen. Zum Beispiel werden die bestehenden Kontakte zwischen der rechtsradikalen deutschen Gruppierung "Der III. Weg" und den ukrainischen Nationalisten sowie das "militärische Engagement" der Gruppe für die Ukraine laut offiziellen Statements der Regierung nicht als "Gefährdung des internationalen Ansehens der Bundesrepublik Deutschland" gewertet.

Insofern erscheint der vermeintliche Schwerpunkt "Rechtsextremismus" der gesetzlichen Neuregelung mehr als fraglich. Stattdessen könnte es primär darum gehen, es künftig Regierungskritikern und anderen unbequemen Personen unmöglich zu machen, das Land zu verlassen oder überhaupt einen Reisepass zu erhalten oder über einen bereits erhaltenen Reisepass weiter verfügen zu können. Denn eigentlich könnte jedem kritischen Staatsbürger pauschal der

Reisepass entzogen oder gar nicht erst ausgestellt werden, wenn der Verdacht besteht, er könne im Ausland an Veranstaltungen teilnehmen, die im "Widerspruch zu den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung" stehen.

Wenn man zum Beispiel die Haltung der Bundesregierung bezüglich des Ukraine-Konfliktes betrachtet, dann könnte theoretisch auch die Teilnahme an einer im Ausland stattfindenden Demonstration für Friedensgespräche als solche Gefährdung ausgelegt werden. Abgesehen davon gibt es noch andere Streitfragen, deren öffentliche Diskussion der Regierung ebenfalls ein Dorn im Auge sind: etwa die NATO-Erweiterung, die Energiewende oder die Coronamaßnahmen.

Inwiefern dies auch so eintreten könnte, bleibt abzuwarten, denn noch ist die Umsetzung dieses Gesetzesvorhabens nicht beschlossen. Sollte es allerdings dazu kommen, dann würde sich die Gefahr erhöhen, dass die Ampelkoalition die geplante Änderung der Passverwaltungsvorschrift zur Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte der Deutschen missbrauchen könnte.

\* \* \*

## Meinung

### Baerbock macht auf "The Sixth Sense": Ich sehe tote Kinder

<https://freeassange.rtde.live/meinung/175866-baerbock-macht-auf-the-sixth/>

21.07.2023

**Annalena Baerbock, grüne Außenministerin des besten Deutschlands aller Zeiten, war in Chemnitz. Auf einer Diskussionsveranstaltung. Oder sagen wir: auf einer Veranstaltung, denn diskutiert wurde nicht. Dafür machte Baerbock aber einen auf Märchentante.**

*Von Tom J. Wellbrock*

Ausgewählte Chemnitzer saßen ruhig auf ihren Stühlen der *Freien Presse*, die die Veranstaltung organisiert hatte, und lauschten brav den Worten der Außenministerin. Mit auf der Bühne saßen ein paar Alibi-Bürger und Wladimir Klitschko, seines Zeichens Boxer, der im Laufe seiner Karriere viele Schläge abbekommen hat, weshalb man ihm seine inhaltlichen Schwächen verzeihen sollte.

### Kampf und Dank, Kampf und Dank

Es ging – wer hätte das gedacht – um die Ukraine. Klitschko beschränkte sich darauf, den Leuten zu danken – für Panzer, Freude, Waffentote – und ihnen klarzumachen, dass die tapferen Ukrainer ganz uneigennützig für sie kämpfen. Dann bedankte sich Klitschko wieder. Und sprach vom Kampf, bedankte sich, na ja, Sie wissen schon.

Bevor ich auf den entscheidenden Punkt dieser Diskussionsveranstaltung ohne Diskussion komme, möchte ich eine Lanze (keinen Lanz, eine Lanze!) für Annalena Charlotte Alma Baerbock brechen. Für mein Empfinden ist sie zwar bösartig (ich denke, das könnte noch unter die freie Meinungsäußerung fallen, zumindest für eine kleine Weile), aber irgendwie auch unschuldig.

### Eine Lanze für Baerbock

Wie ich darauf komme? Nun, Baerbock hat in unterschiedlichen Situationen bewiesen, dass sie nur bedingt für ihre eigenen Handlungen verantwortlich gemacht werden kann. Vor Gericht nennt man das wohl "Unzurechnungsfähigkeit", und die wird wie folgt definiert:

*"Als unzurechnungsfähig oder schuldunfähig gelten Personen, die an krankhaften seelischen Störungen, tiefgreifenden Bewusstseinsstörungen leiden oder aufgrund von Schwachsinn oder anderen schweren seelischen Abartigkeiten nicht in der Lage sind, das Unrecht einer Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln."*

Eine andere Definition lautet:

*"Als nicht zurechnungsfähig gelten dabei regelmäßig Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (Strafunmündigkeit) und Täter, die aufgrund einer schweren seelischen Erkrankung, Bewusstseinsstörung oder Schwachsinn nicht einsichtsfähig sind."*

Am ehesten passt aber meiner Meinung nach dieses Fundstück im Internet:

*"Unzurechnungsfähigkeit bedeutet, dass jemand eine unerlaubte und ungesetzliche Tat nicht*

*einsehen kann und somit ohne Einsicht handelt."*

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch! Es geht mir hier nicht darum, Baerbock durch den Kakao zu ziehen oder sie satirisch darzustellen. Ich meine es wirklich ernst. Baerbock ist zwar deutlich älter als 14 Jahre, weshalb die zweite Definition nicht gänzlich zu passen scheint. Aber ihre verbalen Versuche, Botschaften entsprechend der Bedeutung ihres Amtes unters Volk zu bringen, erinnern mich nun einmal – und ich bin gelernter Erzieher, weiß also ein kleines bisschen, worüber ich spreche – an die rhetorischen Fähigkeiten eines mehr oder weniger durchschnittlichen Teenagers. Da gibt es nichts zu bewerten, denn die Entwicklungspsychologie ist nun mal, wie sie ist, auch wenn das Tempo und manche entwicklungspsychologischen Schritte sich von Mensch zu Mensch unterscheiden. Baerbock scheint also zu sprechen, wie es ihren intellektuellen und entwicklungspsychologischen Voraussetzungen entspricht. Daher die von mir für sie gebrochene Lanze. Sie tut das ja nicht freiwillig, würde sicher gern auf einem sprachlichen Niveau agieren, das etwa erfahrene Politiker wie Russlands Außenminister Sergei Lawrow zeigt. Doch selbst wenn der Wille stark ist, ist das Fleisch schwach. Baerbock gibt alles, doch es ist einfach zu wenig.

Zur ersten und dritten Definition von Unzurechnungsfähigkeit möchte ich anmerken, dass ich mir über die zutreffenden Punkte kein Urteil erlauben möchte. Es wäre eine völlig unangemessene Art der Ferndiagnose, die meiner Meinung nach unzulässig ist. Ich selbst habe zwar eine Idee, was am ehesten auf Baerbock zutreffen würde, werde diese aber nicht äußern. Schließlich will ich auch meine Kompetenzen nicht überschreiten.

Kommen wir nun aber zu der Diskussionsveranstaltung ohne Diskussion zurück.

### **Baerbocks "tote Kinder"**

Dass die deutsche Außenministerin Kriegspropaganda beherrscht (dazu braucht es keine besonderen Fähigkeiten), macht der Artikel "Lehrstunde in Kriegspropaganda: Baerbock und Klitschko in Chemnitz" auf den *NachDenkSeiten* sehr deutlich. Was der Text aber nicht erwähnt, ist eine Passage, die in diesem Video noch einmal hervorgehoben wird.

Baerbock plappert einfach drauf los und berichtet sinngemäß Folgendes:

*Die Russen seien in die Kinderzimmer ukrainischer Kinder eingedrungen und hätten dort Minen im Spielzeug versteckt. Die Kinder, die nach der Flucht vor den Russen wieder in ihre Zimmer zurückkehrten, wurden dann – so Baerbock – zerrissen. So führen die Russen Krieg, betonte sie. Es gehe um die Vernichtung.*

Apropos Vernichtung – am Ende des kurzen Videos heißt es:

Was Baerbock hier macht, ist an Widerwärtigkeit nur schwer zu überbieten. Sie stellt eine Behauptung auf, die sie nicht einmal ansatzweise belegen kann. Sie stellt die Russen als Monster dar, die bewusst Kinder töten. Man muss sich fragen, wie tief ein Mensch sinken kann, der so etwas tut.

Dennoch kann es nicht überraschen, wie man auch daran ablesen mag, dass Russland unterstellt wird, "Hunger als Waffe" einzusetzen. Wieder eine Behauptung, die nicht nur nicht stimmt, sondern im Gegenteil dem Westen vorgeworfen werden kann und muss, wie wir unter anderem in dem Artikel "Die große Heuchelei um das Getreideabkommen" erfahren:

*"Nun aber die 'Hungerkarte' zu spielen, ist heuchlerisch. Ein Land, das doppelt so viel Mais wie die Ukraine exportiert und noch mehr exportieren könnte, sind beispielsweise die USA.*

*In einem aktuellen Bericht des US-Landwirtschaftsministeriums zum weltweiten Agrarhandel werden die USA als das Land aufgezählt, dessen Mais-Exporte im letzten Jahr am stärksten zurückgegangen sind. Als Grund dafür werden 'geringere vertragliche Verpflichtungen und zu niedrige Weltmarktpreise' genannt. Was bedeutet das? Laut WWF wurden im letzten Jahr ganze 14 Millionen Tonnen Mais in den USA bereits auf den Farmen vernichtet, weil sich die Ernte und der Export finanziell nicht lohnen. Das sind übrigens rund 50 Prozent mehr, als die in der Tagesschau genannten armen Staaten insgesamt an Getreide importieren. Denken Sie mal darüber nach."*

Von dieser Vernichtung spricht Baerbock nicht. Auch nicht mehr davon, dass sie Russland schon früh ruinieren wollte. Und dass sie ohnehin Krieg gegen Russland führt, weiß sie heute auch nicht mehr.

Trotz der oben genannten Einschränkungen, mit denen Annalena Baerbock ihr Leben und ihr Amt bewältigen muss, schafft sie es dennoch, in Sachen Kriegshetze und Propaganda ganz oben mitzuspielen. Man könnte das Bauernschläue nennen, aber eine weitere Definition möchte ich den Lesern ersparen.

*Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebell.*

\* \* \*

## **Die USA wollen Russland in eine Kolonie verwandeln**

<https://freeassange.rtde.live/meinung/175946-die-usa-wollen-russland-in-eine-kolonie-verwandeln/>  
22.07.2023

**In einem Interview fordert ein US-Diplomat, Russland müsse Rechenschaft ablegen, und verweist dabei auf die historischen Beispiele Deutschlands und Japans. Bedenkt man die heutige eingeschränkte Souveränität dieser Länder, wird das wirkliche Ziel der USA im Ukraine-Konflikt deutlich.**

*Von Sergei "Zergulio" Koljasnikow*

Der ehemalige US-Sondergesandte für die Beziehungen zur Ukraine und Botschafter bei der NATO Kurt Volker hat dem American Enterprise Institute ein recht ausführliches Interview gegeben, in dem er eine ganz interessante Aussage in Bezug auf Russland tätigte.

Die Kernaussage lautete:

*"Russland muss Rechenschaft ablegen – genauso wie Deutschland und Japan."*

Es stellt sich sofort die Frage: Wem genau gegenüber muss Russland Rechenschaft ablegen? Es liegt nahe, die Antwort auf diese Frage im US-amerikanischen Einfluss auf Deutschland und Japan zu suchen.

Fangen wir mit Deutschland an. Nach Angaben des US-Energieministeriums war Deutschland bereits im März 2023 zu einem der fünf größten Abnehmer US-amerikanischen Flüssiggases geworden.

Ebenfalls im März hatte der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko erklärt, dass das US-amerikanische Flüssiggas teurer und von schlechterer Qualität als das russische und zu einem

großen Problem für die deutsche Industrie geworden sei. Er hatte hinzugefügt, dass es nach der Sprengung der Nord-Stream-Leitungen Berlin keine Wahlmöglichkeiten für einen Bezug von billigerem Gas mehr gebe. Wessen mit Stars and Stripes bemalte Ohren hinter dem Anschlag auf die Gaspipelines stecken, ist bestens bekannt.

Außerdem gibt es in Deutschland 40 (vierzig!) Militärstützpunkte der USA. Allein permanent sind dort über 40.000 US-Militärs stationiert, deren Unterhalt den deutschen Haushalt 760 Millionen Euro pro Jahr kostet.

Die Anzahl der US-Militärobjekte in Japan, die nicht unter japanischer Jurisdiktion stehen, beträgt etwa 150. Allein auf Okinawa, das 0,6 Prozent des Gebiets von Japan einnimmt, gibt es 14 davon. Insgesamt leben in Japan über 50.000 Militärangehörige der USA und über 52.000 ihrer Familienmitglieder. Ihr Unterhalt kostet den japanischen Haushalt 9,29 Milliarden US-Dollar in fünf Jahren.

Das ist also das wirkliche Ziel der USA in der Ukraine: nicht etwa die ukrainische Freiheit und Demokratie, sondern eine vollständige Unterwerfung Russlands unter die Vereinigten Staaten von Amerika. Und Sie können sich sicher sein, dass die USA für dieses Ziel bis zum letzten Ukrainer kämpfen werden.

*Übersetzt aus dem Russischen.*

*Sergei "Zergulio" Koljasnikow führt seit dem Jahr 2007 einen Blog auf livejournal und seit September 2021 einen Telegram-Kanal mit mehr als 200.000 Abonnenten zu politischen Themen mit klar patriotischer Linie, wo er ausgewählte Nachrichten veröffentlicht und Sammel- und Wohltätigkeitskampagnen führt. Inhalte aus beiden Blogs werden regelmäßig von russischen Medien zitiert. Seit Mai 2017 hat Koljasnikow eine Kolumne bei RIA Nowosti. Er arbeitete als Buchhalter, Programmierer, Geschäftsleiter im Antiquitäten- und Militariahandel und ist heute Unternehmer im Bereich Lüftungsinallation.*

\* \* \*

## **Montjan zum möglichen Verbot von Youtube in Russland: Nichts übereilen, bitte!**

<https://freeassange.rtde.live/meinung/175964-montjan-zum-moeglichen-verbot-von-youtube/>  
23.07.2023

**Es gibt kaum noch ein russisches Medium, einen russischen Politiker oder Kulturschaffenden, dem Youtube nicht den Kanal gelöscht hat. Gleiches gilt für oppositionelle Ukrainer. Daher ist es verständlich, dass man in Russland über ein Verbot von Youtube nachdenkt.**

*Von Tatjana Montjan*

Youtube hat den Kanal von Sachar Prilepin gesperrt, woraufhin im russischen Internet eine neue Welle von Diskussionen darüber entbrannte, ob es an der Zeit ist, diesen Dienst in Russland zu verbieten.

Wir haben bereits gesagt, dass dieses Problem zwei Aspekte hat. Youtube (wie auch Meta) ist zweifellos ein Instrument der Informationskriegsführung in den Händen der Vereinigten Staaten. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln – wenn wir es schon von amerikanischen Kongressabgeordneten wissen –, dass Youtube vom FBI Verbotlisten zugesandt wurden. Und ja, um der Informationssicherheit willen sollte Youtube früher oder später verboten werden – so wie es



zum Beispiel in China bereits gemacht wurde.

Allerdings gibt es ein Problem: China hat eine Menge eigener alternativer Online-Videodienste, Russland nicht. Ich spreche jetzt nicht von TikTok, sondern zum Beispiel von Bilibili, Youku oder iQIYI, die übrigens nicht nur Youtube für die Bewohner des himmlischen Reiches ersetzt haben, sondern sich auch anderswo in Asien großer Beliebtheit erfreuen und allmählich beginnen, das amerikanische Videohosting in Ländern wie Südkorea, den Philippinen, Indonesien und anderen zu überholen.

Und es reicht nicht aus, eine Streaming-Plattform zu schaffen und sie sogar gut zu gestalten (zum Beispiel mit Spracherkennung und anderen Funktionen). Es ist notwendig, sie mit Inhalten zu füllen. Und dafür muss man die Schöpfer dieser Inhalte anlocken und ihnen angemessene Bedingungen bieten. Und ich spreche nicht nur von Monetarisierung, sondern zum Beispiel auch von Content-Promotion. Grob gesagt, muss ein Video-Blogger wissen, dass er auf RUTUBE mehr oder zumindest nicht weniger Views und Geld für ein Video auf Russisch bekommt als für ein ähnliches Video auf Youtube.

Nun, dafür ist es notwendig, eine gute Integration der Plattform mit nationalen Suchdiensten zu gewährleisten. Und zwar nicht nur auf dem russischen Inlandsmarkt, sondern auch auf dem russischsprachigen Markt im Allgemeinen. Dies ist genau die Art von Dingen (neben anderen Dingen natürlich), die von Fachleuten, die für Informationspolitik und Digitalisierung verantwortlich sind, angegangen werden müssen.

Und nur wenn diese Bedingungen geschaffen sind, wird in zehn (oder fünfzehn) Jahren die Mehrheit der Internetnutzer wirklich auf lokale Dienste umsteigen, und ausländische Dienste können schmerzlos verboten oder eingeschränkt werden. Mit anderen Worten: An die Möglichkeit, Youtube heute zu sperren, hätte man schon 2008 denken müssen. Damals wurden dieser und andere Dienste übrigens zum ersten Mal in ausgereifter Form als Propagandawaffe gegen Russland eingesetzt, damals im Zusammenhang mit den Ereignissen in Südossetien.

Der zweite Aspekt besteht darin, dass der Anteil der Politik am Gesamtvolumen der Youtube-Inhalte vernachlässigbar ist. Der Hauptwert dieses Dienstes liegt in den nicht-politischen Inhalten, die seit Jahrzehnten von sehr talentierten russischsprachigen Menschen erstellt worden sind. Glauben Sie mir, die "Fixies" oder der "Blaue Traktor" haben hundertmal mehr für die Popularisierung und das Erlernen der russischen Sprache getan als die Milliarden Haushaltsmittel verschlingenden Kämpfer der Informationsfront von Russland zusammen. Was für eine riesige Menge an wissenschaftlich informativen und für Kinder unterhaltsamen und lehrreichen Inhalten wird geschaffen und auf Youtube eingestellt. Zweifeln Sie nicht daran, dass diese Videos sowohl im westukrainischen Galizien als auch in Zentralasien und sogar in Europa und Amerika gesehen wurden und gesehen werden. All das kann mit einem Federstrich verloren gehen, einfach weil die großen Bosse den Wert dieser Inhalte nicht erkannt haben und die Frage der Motivation der Autoren, sie auf RUTUBE zu übertragen, nicht einmal in ihren Köpfen aufkam.

Generell verhält es sich mit Youtube genauso wie mit vielen anderen Dingen auch: Um etwas zu tun, muss man erst einmal gründlich nachdenken, einen Plan machen und das am besten nicht heute, nicht gestern, sondern am besten vorgestern schon. Spätestens jetzt sollte man mit dem anfangen, was man in der Vergangenheit versäumt hat, und das tun, was uns irgendwann ermöglichen wird, Youtube zu ersetzen und zu verbieten.

Hoffen wir, dass es dann nicht zu spät sein wird.

*Übersetzung aus dem Russischen.*

**Tatjana Montjan** ist eine prominente ukrainische Rechtsanwältin und Strafverteidigerin, Publizistin und Bloggerin mit Millionenpublikum. Im Jahr 2004 noch auf der Seite des ersten Maidan, bezeichnete sie den Euromaidan im Herbst 2013 als Zerstörung der ukrainischen Staatlichkeit und stellte sich entschieden gegen diesen. Vor Beginn der russischen militärischen Intervention musste sie Kiew verlassen, nachdem sie vor der UN über die Zustände in der Ukraine gesprochen hatte. Derzeit lebt sie im Donbass, engagiert sich für humanitäre Hilfe und führt tägliche Videoblogs. Man kann ihr auf ihrem Telegram-Kanal folgen. Ihr Kanal auf Youtube wurde im Frühjahr 2022 durch das US-Unternehmen gelöscht.

\* \* \*

## Russland und Afrika: Gemeinsam für Frieden, Fortschritt und eine erfolgreiche Zukunft

<https://freeassange.rtde.live/meinung/176060-russland-und-afrika-gemeinsam-fuer/>

24.07.2023

**In seinem Grußwort anlässlich des Russland-Afrika-Gipfels und des Russland-Afrika-Forums am 27. und 28. Juli in Sankt Petersburg erinnert der russische Präsident, Wladimir Putin, an die lange Tradition der russisch-afrikanischen Kooperation. Außerdem betont er die Bedeutung des Aufbaus einer multipolaren Weltordnung und dass Afrika darin einen hohen Stellenwert haben wird.**

*Von Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation*

Am 27. und 28. Juli findet in Sankt Petersburg der zweite Russland-Afrika-Gipfel und das Wirtschaftlich-humanitäre Russland-Afrika-Forum statt. Im Vorfeld dieser großen, repräsentativen Veranstaltungen, an denen zahlreiche Staats- und Regierungschefs, Unternehmer, Wissenschaftler und Vertreter der Öffentlichkeit teilnehmen werden, möchte ich meine Sicht der russisch-afrikanischen Beziehungen mit den Lesern der führenden Medien des afrikanischen Kontinents teilen und die primären Bereiche unserer Kooperation in den kommenden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts identifizieren.

Die partnerschaftlichen Beziehungen unseres Landes mit Afrika haben feste, tiefe Wurzeln und zeichneten sich zu allen Zeiten durch Stabilität, Vertrauen und Wohlwollen aus. Wir unterstützten die afrikanischen Völker konsequent in ihrem Kampf gegen die koloniale Unterdrückung und halfen ihnen bei der Erlangung ihrer eigenen Staatlichkeit, bei der Festigung ihrer Souveränität und Wehrfähigkeit. Vieles wurde auch dafür getan, solide Grundlagen für ihre nationale Wirtschaft zu schaffen. Mitte der 1980er Jahre trugen unsere Spezialisten zum Bau von mehr als 330 großen Infrastruktur- und Industrieobjekten in Afrika bei. Das sind Kraftwerke, Bewässerungssysteme, industrielle und landwirtschaftliche Unternehmen, die noch heute erfolgreich arbeiten und einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kontinents leisten. Zehntausende afrikanischer Ärzte, Techniker, Ingenieure, Offiziere und Lehrer wurden in unserem Land ausgebildet.

Insbesondere möchte ich unsere traditionell enge Zusammenarbeit auf der Weltbühne hervorheben und daran erinnern, dass die UdSSR und Russland stets nachdrücklich und konsequent die Interessen der afrikanischen Länder bei internationalen Organisationen verteidigt haben. Wir hielten uns immer strikt an das Prinzip: "afrikanische Probleme brauchen afrikanische Lösungen" und waren solidarisch mit den afrikanischen Völkern in ihrem Kampf um Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und ihre legitimen Rechte. Wir zwangen unseren Partnern nie unsere eigenen Vorstellungen davon auf, welche Ordnung in ihren Staaten herrschen sollte, welche

Regierungsformen und -methoden für sie zulässig sind, welche Entwicklungsziele sie verfolgen und welche Mittel sie dafür einsetzen dürfen. Unsere Achtung vor der Souveränität der afrikanischen Staaten, ihren Traditionen und Werten, und ihrem Wunsch, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen und freie Beziehungen mit ihren Partnern aufzubauen, bleibt unerschütterlich.

Wir wissen unser angesammeltes Kapital der Freundschaft und Kooperation, unsere Traditionen des Vertrauens und der gegenseitigen Hilfe, die Russland und die Länder Afrikas verbinden, aufrichtig zu schätzen. Wir stehen zusammen in unserem Bestreben, ein System der internationalen Beziehungen aufzubauen, das in erster Linie auf dem Völkerrecht, auf der Berücksichtigung nationaler Interessen, auf der Unteilbarkeit der Sicherheit und auf der Anerkennung der koordinierenden Rolle der Vereinten Nationen basiert.

Heute ist eine konstruktive, vertrauensvolle und zukunftsorientierte Partnerschaft zwischen Russland und Afrika besonders wichtig. In der Welt bilden sich gegenwärtig mächtige wirtschaftliche und politische Macht- und Einflusszentren heraus, die sich zunehmend bemerkbar machen und verlangen, berücksichtigt zu werden. Wir sind uns sicher, dass die neue, multipolare Weltordnung, deren Konturen sich bereits ausgeprägt haben, gerechter und demokratischer sein wird. Und wir haben keinen Zweifel daran, dass Afrika gemeinsam mit Asien, dem Nahen Osten und Lateinamerika einen würdigen Platz darin einnehmen und sich ein für alle Mal vom schweren Erbe des Kolonialismus und Neokolonialismus befreien wird, einschließlich seiner modernen Praktiken.

Russland nimmt die wachsende internationale Autorität einzelner afrikanischer Länder und des Kontinents als Ganzes mit Freude wahr – ebenso wie ihr Bestreben, eine signifikante Rolle in der Welt zu spielen und die Probleme des Kontinents eigenständig zu lösen. Wir unterstützen stets die konstruktiven Initiativen unserer Partner und setzen uns dafür ein, den afrikanischen Ländern einen würdigen Platz in den Strukturen zu geben, die in großem Maße das Schicksal der Welt bestimmen – einschließlich des UN-Sicherheitsrates und der G-20. Außerdem unterstützen wir eine Reformierung der globalen Finanz- und Handelsinstitute im Interesse der afrikanischen Länder.

Leider sehen wir, dass die aktuelle Weltlage alles andere als stabil ist. Alte Konflikte, die es in nahezu jeder Region gibt, werden vertieft, und es entstehen neue Bedrohungen und Herausforderungen. Und Afrika fühlt wie kein anderer Teil der Welt die Last dieser globalen Probleme. Unter diesen schwierigen Bedingungen möchten wir gemeinsam mit unseren afrikanischen Partnern eine nicht diskriminierende Agenda der Zusammenarbeit ausarbeiten. Die strategischen Vektoren unserer Zusammenarbeit wurden bereits durch die Entscheidungen des ersten Russland-Afrika-Gipfels definiert, der Ende Oktober 2019 in Sotschi stattfand. Für ihre effektive Umsetzung wurde das Russisch-afrikanische Partnerschaftsforum etabliert. Wir haben mit vielen Ländern des Kontinents bilaterale zwischenstaatliche Kommissionen für Zusammenarbeit im Handel, in der Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie etabliert. Außerdem steht uns eine Erweiterung der russischen Botschaften und Handelsvertretungen in Afrika bevor. Wir arbeiten aktiv an der Entwicklung neuer Instrumente für eine bessere Koordination und größere Dynamik unserer wirtschaftlichen Beziehungen.

Ich möchte mit großer Freude anmerken, dass der Warenumsatz zwischen Russland und den Ländern Afrikas 2022 gestiegen ist und fast 18 Milliarden US-Dollar erreicht hat. Allerdings sind wir uns alle bewusst, dass unsere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ein noch viel größeres Potenzial haben. Russische Unternehmen sind daran interessiert, auf dem Kontinent aktiver in den Bereichen der Hochtechnologie und Geo-Exploration, im Brennstoff- und Energiesektor – einschließlich der Atomenergie –, in der chemischen Industrie, im Bergbau und im Maschinenbau, in der Land- und Fischereiwirtschaft zu arbeiten. Die Veränderungen, die momentan in der Welt stattfinden, verlangen von uns, nach Lösungen zur Etablierung neuer Transport- und Logistik-

Ketten, eines neuen Finanz- und Währungssystems und neuer Abrechnungsmechanismen zu suchen, die sicher und vor negativen äußeren Einflüssen geschützt sind.

Wir wissen, wie wichtig die ununterbrochene Versorgung mit Lebensmitteln für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und die politische Stabilität der afrikanischen Länder ist. Daher widmeten wir uns stets der Lösung aller Fragen, die mit Lieferungen von Weizen, Gerste, Mais und anderer Anbaukulturen für die afrikanischen Länder verbunden sind. Und wir taten das sowohl auf vertraglicher als auch auf unentgeltlicher Basis, in Form von humanitärer Hilfe – unter anderem auch über das Welternährungsprogramm der UN. Im Jahr 2022 exportierte Russland beispielsweise 11,5 Millionen Tonnen an Getreide nach Afrika, während wir in den ersten 6 Monaten dieses Jahres bereits nahezu 10 Millionen Tonnen exportiert haben – und das trotz der Sanktionen gegen unseren Export, welche die Ausfuhr russischer Lebensmittel in die Entwicklungsländer durch Transport-, Versicherungs- und Abrechnungshürden erschweren.

Viele haben vermutlich vom sogenannten "Getreideabkommen" gehört, dessen ursprüngliches Ziel es war, die internationale Ernährungssicherheit zu gewährleisten, die Gefahr von Hunger zu mindern und den ärmsten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu helfen – aus genau diesen Gründen verpflichtete sich Russland, die Umsetzung dieses Abkommens zu unterstützen. Allerdings wurde dieses "Abkommen", das der Westen als einen Beweis seiner Sorge um das Wohl Afrikas präsentierte, im Grunde nur schamlos ausgenutzt, um US-amerikanische und europäische Großkonzerne zu bereichern, die das ukrainische Getreide ausfuhren und weiterverkauften.

Urteilen Sie selbst: In fast einem Jahr exportierte die Ukraine im Rahmen des "Abkommens" insgesamt 32,8 Millionen Tonnen an Waren, von denen 70 Prozent in Ländern mit hohem und überdurchschnittlichem Einkommen landeten – unter anderem in der Europäischen Union. Unterdessen erhielten Länder wie Äthiopien, Sudan, Somalia, Jemen und Afghanistan weniger als 3 Prozent der Gesamtlieferungen – weniger als 1 Million Tonnen.

Gleichzeitig wurde keine einzige der Bedingungen des "Abkommens" erfüllt, die eine Ausnahme des russischen Getreide- und Düngemittel-Exports von den Sanktionen voraussetzten. Mehr noch: Selbst die unentgeltliche Bereitstellung unserer Mineraldünger an die ärmsten Länder wird vor Hindernisse und Barrieren gestellt. Von den 262 Tonnen unserer Waren, die in europäischen Häfen feststecken, konnten nur zwei Ladungen versandt werden: 20.000 Tonnen nach Malawi und 34.000 Tonnen nach Kenia. Der Rest wird weiterhin unrechtmäßig durch die Europäer blockiert – ungeachtet der Tatsache, dass die Rede von rein humanitären Lieferungen ist, die grundsätzlich unter keine Sanktionen fallen sollten.

Angesichts dieser Tatsachen machte eine Verlängerung des "Getreideabkommens", das seinen humanitären Zweck nicht erfüllt hat, keinen Sinn mehr. Wir haben eine weitere Verlängerung des "Abkommens" abgelehnt und seine Umsetzung wurde am 18. Juli beendet. Ich möchte versichern, dass unser Land in der Lage ist, die ausfallenden ukrainischen Getreidelieferungen sowohl auf kommerzieller als auch auf unentgeltlicher Grundlage zu kompensieren – insbesondere da wir dieses Jahr erneut eine Rekordernte erwarten.

Russland wird ungeachtet der Sanktionen weiterhin energisch daran arbeiten, Getreide-, Lebensmittel- und Düngemittellieferungen nach Afrika zu organisieren, aber nicht nur das: Wir schätzen und fördern das gesamte Spektrum unserer wirtschaftlichen Verbindungen mit Afrika – sowohl mit einzelnen Staaten als auch mit regionalen Integrationsvereinigungen, und natürlich auch mit der Afrikanischen Union. Wir begrüßen den strategischen Kurs dieser Organisation zur weiteren wirtschaftlichen Integration und zur Etablierung einer afrikanischen kontinentalen Freihandelszone. Wir sind bereit, pragmatische, beidseitig vorteilhafte Verbindungen zu etablieren, unter anderem im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion. Außerdem sind wir daran interessiert, unsere

Zusammenarbeit auch mit anderen regionalen Vereinigungen des Kontinents zu vertiefen.

In Fortsetzung unserer bestehenden Tradition möchten wir die afrikanischen Staaten auch weiterhin in der Ausbildung qualifizierter Fachkräfte unterstützen. Derzeit studieren in unserem Land etwa 35.000 Studenten aus Afrika, von denen 6.000 russische Stipendien erhalten. Wir erhöhen jedes Jahr die Anzahl der vergebenen Stipendien, fördern kommerzielle Bildungsangebote und unterstützen die in letzter Zeit immer weiter zunehmenden Verbindungen zwischen verschiedenen Hochschulen.

Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, unsere Zusammenarbeit im humanitären Bereich, in der Kultur, im Sport und in den Medien auf ein neues und höheres Niveau zu bringen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um unsere jungen afrikanischen Freunde dazu einzuladen, im März 2024 Russland auch das Weltjugendfestival in Sotschi zu besuchen. Bei diesem großen internationalen Forum werden sich mehr als 20.000 Vertreter aus über 180 Ländern für einen informellen, freundschaftlichen und offenen Dialog versammeln – frei von politischen und ideologischen Barrieren, rassistischen und religiösen Vorurteilen. Ziel ist es, die junge Generation durch die Ideen eines stabilen und nachhaltigen Friedens, des Wohlstands und Schaffens zu vereinen.

Abschließend möchte ich noch hervorheben, dass wir dem bevorstehenden zweiten Russland-Afrika-Gipfel große Bedeutung beimessen. Nach seinem Abschluss sollen eine umfassende Deklaration verabschiedet und eine Reihe gemeinsamer Erklärungen abgegeben werden. Außerdem werden wir einen gemeinsamen Aktionsplan für das Russland-Afrika-Partnerschaftsforum bis 2026 festlegen. Wir bereiten ein signifikantes Paket aus zwischenstaatlichen und zwischenbehördlichen Vereinbarungen und Memoranden mit einzelnen Staaten und regionalen Vereinigungen des Kontinents vor.

Ich freue mich bereits darauf, die Staatshäupter der afrikanischen Länder in Sankt Petersburg begrüßen zu dürfen und hoffe auf einen produktiven und konstruktiven Dialog. Ich bin mir sicher, dass die Entscheidungen des Gipfels und des Forums, ebenso wie unsere umfassende gemeinsame Arbeit, zur Förderung der strategischen Partnerschaft zwischen Russland und Afrika zum Wohle unserer Länder und Völker beitragen werden.

\* \* \*

## **Stockende Großoffensive: Die Zeit läuft ab, den USA bleiben noch wenige Monate**

<https://freeassange.rtde.live/meinung/176091-zeit-laeuft-ab-usa-bleiben-wenige-monate/>  
25.07.2023

**Angesichts der stockenden ukrainischen "Großoffensive" herrschen in den USA und im übrigen Westen Durchhalteparolen vor. Dabei ist immer wieder von "wenigen Monaten" die Rede, in denen die Ukraine Erfolge vorweisen muss. Was hat es damit auf sich?**

*Von Irina Alksnis, RIA Nowosti*

Gestern erklärte US-Außenminister Antony Blinken, dass der Fortschritt der Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte, die nach seinen Worten "sehr schwierig" sei, weil "die Russen eine starke Verteidigung aufgebaut haben", für Kiew und den Westen nicht ermutigend sei. Dennoch äußerte er sich optimistisch über die ukrainischen Aussichten an der Front, räumte aber ein, dass "dies nicht in den nächsten ein oder zwei Wochen enden wird." Ihm zufolge rechne Washington mit "einigen Monaten".

Hier stellt sich natürlich die Frage: Was wird passieren und was ist zu erwarten, wenn (oder besser gesagt, sobald) die amerikanischen Hoffnungen auf Erfolge der ukrainischen Streitkräfte endgültig zusammenbrechen? Die Frage ist umso relevanter, als Blinken bei Weitem nicht der Erste ist, der von "ein paar Monaten" spricht. Auf dem jüngsten NATO-Gipfel in Vilnius wurde von verschiedenen Seiten verdeckt und manchmal auch direkt geäußert, dass Kiew höchstens einen Herbst Zeit habe, um Ergebnisse und eine Rendite für die Investitionen des Westens in das Land vorzuweisen.

Eine weit verbreitete Antwort auf diese Frage lautet, dass die Position des Westens, der die Ukraine zu seinem Hauptanliegen im Krieg gegen Russland gemacht hat, selbst bei einem völligen Scheitern der Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte nicht grundlegend beeinträchtigt wird. Die Verfechter dieses Standpunktes schätzen zwar die wichtigste antirussische Karte der NATO absolut richtig ein, irren sich aber in einem anderen, viel wichtigeren Aspekt.

Es mag anstößig erscheinen, aber Russland ist keineswegs die Hauptrichtung der geopolitischen Bemühungen der Vereinigten Staaten. Es ist China, das in allen außenpolitischen und militärisch-politischen Strategien Washingtons direkt verankert ist. Und das ist keine List oder ein Vorwand, sondern eine unumstößliche Realität, mit der sich die Amerikaner auseinandersetzen müssen.

Geopolitik basiert immer auf Wirtschaft, auf dem Kampf um Märkte, Ressourcen, technologische Führerschaft usw. China, das zur ersten (oder zweiten – je nach Berechnungsmethode) Wirtschaftsmacht der Welt aufgestiegen ist, ist zur größten Herausforderung für die Vereinigten Staaten geworden. Und die USA haben zu ihrer eigenen Rettung einfach keine andere Möglichkeit, als einen gefährlichen Konkurrenten zu erwürgen und zu ertränken.

Außerdem haben die amerikanischen Strategen völlig richtig gedacht: Solange Moskau China den Rücken deckt und es in seiner Konfrontation mit dem Westen aktiv unterstützt, sind die Chancen des Letzteren auf Erfolg in der Auseinandersetzung mit Peking nicht sehr hoch. Deshalb wurde uns der erste Schlag versetzt.

Die Idee war in ihrer Einfachheit und Schönheit brilliant: Praktisch bei jedem Ausgang wäre Russland in der Ukraine auf die eine oder andere Weise festgenagelt worden. Und es gab mindestens ein Dutzend solcher Ergebnisse für unser Land – von katastrophal (mit militärischer Niederlage und Zusammenbruch der Staatlichkeit) bis hin zu scheinbar triumphal (mit der Übernahme der Kontrolle über das gesamte Territorium der Ukraine und der daraus resultierenden Notwendigkeit, es zu ernähren, was sich natürlich als schwerste Belastung für die Wirtschaft herausstellen würde). In jedem Fall wäre Russland gezwungen gewesen, sich auf die Lösung interner Probleme zu konzentrieren, und hätte keine Energie und Ressourcen für eine aktive Außenpolitik übrig gehabt. Mit leeren Händen wäre China in einer direkten Konfrontation mit den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten sehr viel verwundbarer geworden.

Moskau hat es jedoch geschafft, den Konflikt so zu gestalten, dass es auf den ersten Blick unmöglich ist, zu erkennen, wer in der Ukraine mehr verstrickt ist – Russland oder der Westen. Natürlich kann man darüber diskutieren und streiten, wie die Chancen unseres Landes stehen, in einem langen Zermübungskrieg gegen die NATO zu bestehen. Aber dem Bündnis, oder besser gesagt: den Vereinigten Staaten, geht die wichtigste "Zutat" für einen solchen Konflikt aus – die Zeit. Ihnen läuft die Zeit davon, und zwar sehr schnell.

Wir leben nicht mehr in den Neunzigern oder in den Nullerjahren. Die Amerikaner können es sich nicht mehr leisten, im Format von Jahrzehnten oder gar Jahren zu planen. Sie rechnen in Monaten. Die Prozesse des Abbaus ihrer Hegemonie und des Aufbaus alternativer internationaler Strukturen, die nicht von den Staaten kontrolliert werden, haben sich entscheidend beschleunigt. Der Verfall der

westlichen Wirtschaft und des politischen Einflusses beschleunigt sich so schnell, dass er mit bloßem Auge sichtbar ist. China bereitet sich auf den unvermeidlichen – weil die Logik des historischen Prozesses selbst dazu führt – Zusammenstoß mit dem Westen vor und nutzt jede Stunde der Verzögerung, um "seine Fähigkeiten zu trainieren" (und seine Investitionen in US-Staatsschulden aktiv zu veräußern).

So verschlechtert jeder Monat, jede Woche und sogar jeder Tag der militärischen und politischen Konzentration auf die – aus strategischer Sicht – zweitrangige ukrainische Richtung die Aussichten der Vereinigten Staaten an ihrer Hauptfront, der chinesischen. Jetzt versuchen die Amerikaner verzweifelt, um kostbare Zeit zu feilschen. Es ist kein Zufall, dass eine Reihe hochrangiger Besucher nach Peking gereist sind (Henry Kissinger Ende letzter Woche war der "Jüngste", aber kaum der Letzte in dieser Reihe).

Dies wird jedoch nichts Dramatisches ändern – bald werden die Staaten eine Entscheidung über den Rückzug aus dem ukrainischen Projekt treffen müssen. Sie haben nicht die Ressourcen, um sich an zwei großen Konflikten zu beteiligen, und sie können es sich einfach nicht leisten, China in Ruhe zu lassen, da dies ihren geopolitischen Zusammenbruch garantieren würde.

Zweifellos werden die Amerikaner versuchen, sich so aus der Ukraine zurückzuziehen, dass sie Russland möglichst viele Probleme bereiten und ihr Gesicht wahren können. Aber sie müssen sich unbedingt auf den asiatischen Operationsraum konzentrieren. Das ist es, wofür sie nur noch wenige Monate Zeit haben.

*Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist am 24. Juli 2023 auf [ria.ru](http://ria.ru) erschienen.*

\* \* \*

## **Schwimmen mit dem Strom – Linken-Chefin Wissler im Interview**

<https://freeassange.rtde.live/meinung/176223-schwimmen-mit-strom-linken-chefin/>

26.07.2023

**An die Lösungskompetenz der Partei "Die Linke" glauben nur wenige Bundesbürger. Die Partei dümpelt im Umfragetief vor sich hin. Dass sie das aus guten Gründen tut, beweist Parteivorsitzende Janine Wissler im ARD-Sommerinterview. Die Partei macht Politik aus dem Elfenbeinturm.**

*Von Gert Ewen Ungar*

Obwohl die Ampel-Koalition hoffnungslos zerstritten ist, gelingt es der Partei "Die Linke" nicht, daraus Profit zu schlagen. In den Umfragen dümpelt sie seit der letzten Bundestagswahl unterhalb der Fünfprozenthürde vor sich hin.

In einem Interview mit der *ARD* wird deutlich, dass sich daran auch in nächster Zukunft wenig ändern wird. Die Linke hat keinen Biss, keine Vision, kein tragfähiges Konzept für Deutschland und Europa. Im Gegenteil, die Partei arbeitet gegen die Interessen ihrer eigenen Wählerschaft und zielt ganz offenkundig mehr auf eine mögliche Koalitionsfähigkeit als auf die Umsetzung echter linker Politik. Die Linke, das wird aus dem deutlich, was Wissler sagt, verfolgt eine Politik der gesellschaftlichen Spaltung. Interessen werden gegeneinander ausgespielt. Die Linke ist immer weniger eine linke Partei.

Wissler macht in dem Interview alles falsch, was man falsch machen kann. Sie ist nicht um gesellschaftlichen Ausgleich besorgt, sondern um die Umsetzung einer Agenda. Sie redet an den

Problemen ihrer Wählerklientel vorbei, statt sich um Verstehen zu bemühen und nach echten Lösungen zu suchen. Im Zweifelsfall haut sie mit der Faschismuskeule auf jene verbliebenen Wähler der Linken, die sich der woken Großstadtagenda verweigern und treibt sie so in Richtung AfD.

Ganz deutlich wird das am Themenfeld Klimawandel sowie am Thema Flüchtlinge und Zuwanderung. Im politischen Windschatten der Grünen übernimmt Wissler diese Themen nahezu eins zu eins und gibt ihnen ein ähnliches programmatisches Gewicht. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird dem Klima und der Aufnahme von Flüchtlingen untergeordnet. Irgendwie muss dies sozial verträglich gestaltet werden, irgendwie müssen auch Flüchtlingsursachen bekämpft werden, meint Wissler – wie das zu schaffen ist, das sagt sie nicht. Zumindest nicht konkret. Sie drischt Phrasen.

So will sie diejenigen, die im Privatjet von Hamburg nach Sylt fliegen, zur Kasse bitten, ebenso die Eigentümer von großen Yachten. Damit sind wir der Lösung der zentralen Probleme dieser Zeit doch einen großen Schritt näher gekommen, möchte man an dieser Stelle des Interviews sarkastisch einwerfen. In der Logik verbleibt sie in dem von den Grünen abgesteckten Rahmen. Wenn man in Deutschland verzichtet und verbietet, rettet man das globale Klima. Das ist bei den Grünen absurd, und wenn es eine Politikerin der Linken sagt, wird es nicht sinnvoller. Reiche tragen für den Klimawandel eine größere Schuld als Arme, und müssen daher mehr dafür bezahlen – das ist die einzige Reminiszenz, die an linkes Klassenbewusstsein erinnert. Sie ist obendrein in ihrer Absurdität auch noch völlig verunglückt.

Es geht Wissler lediglich darum, dass eine andere gesellschaftliche Gruppe umfassender verzichten soll als unter grüner Politik und dass sie ein paar andere Verbote durchsetzen würde. Die Industrie beispielsweise soll einen höheren Beitrag leisten, fordert Wissler. Die Linke sei bereit, sich mit der Industrie anzulegen, die Grünen dagegen nicht, behauptet sie. Das wirkt in seiner Realitätsverweigerung bedrohlich, denn faktisch hat Deutschland gerade sein Geschäftsmodell verloren. Der Erfolg des ehemaligen Exportweltmeisters basierte neben Lohndumping auf der Verfügbarkeit von günstiger Energie aus Russland. Lohndumping gibt es noch, billige Energie aus Russland dagegen nicht mehr.

Deutschland ist als einziges OECD-Land in der Rezession, ganze Industriezweige wandern ab, die Rede ist von einer Deindustrialisierung Deutschlands. In diesem Zusammenhang wirkt der Vorschlag, man müsse die Industrie mal kräftig zur Kasse bitten, weil "irgendwas mit Klima", wenig wirtschaftskompetent. Wissler macht im Gegenteil deutlich, dass sie bereit ist, für ein rein ideologisches Ziel den Wohlstand Deutschlands endgültig zu opfern, die Arbeitslosigkeit in die Höhe zu treiben und gesellschaftliche Verwerfungen in Kauf zu nehmen.

Entsprechend zynisch wirkt es, wenn die Linken-Chefin die Erhöhung des Mindestlohns um 41 Cent zum 1. Januar 2024 begrüßt. Die Inflation lag im Juni bei 6,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diese "Erhöhung" bedeutet also einen massiven Kaufkraftverlust für die Geringverdiener in Deutschland. Die Linke hat ihre eigene Klientel völlig aus den Augen verloren. Sie war gegenüber den Ausgebeuteten der Republik schon mal deutlich solidarischer.

Ähnlich desaströs argumentiert Wissler bezüglich des Umgangs mit Flüchtlingen. Nur 4 Prozent trauen der Linken zu, das Problem von Flüchtlingen und Zuwanderung zu lösen. Dass das Misstrauen der restlichen 96 Prozent berechtigt ist, belegt Wissler mit ihren Ausführungen zum Thema. Sie will Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge, sagt sie. Das klingt gut, ist aber reiner Populismus. Sie will den Kampf gegen Rassismus mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit verbinden. Auch das klingt gut und ist schön populistisch. Es fehlt an Inhalt.



Dass Menschen mit Migrationshintergrund bei der Wohnungssuche und bei der Bildung benachteiligt werden, müsse sich ändern, fordert die Parteichefin der Linken. Wissler übersieht dabei indes ein generelles Problem: Es gibt in deutschen Städten weder für Deutsche noch für Menschen mit Migrationshintergrund günstigen Wohnraum. Die Wohnungsnot trifft alle. Aus dem Plan der Ampel-Koalition, im Jahr 2022 für 400.000 neue Wohnungen zu sorgen, wurden nichts. Es wurden 250.000, und es werden in diesem Jahr noch weniger.

Deutschland scheitert immer deutlicher an der Grundversorgung seiner Bürger mit dem Notwendigsten. Die privat betriebenen Tafeln brechen unter dem immer größer werdenden Andrang zusammen. Der Staat zieht sich aus der Verantwortung und leitet das Sozialsystem immer deutlicher von Sozialstaat mit Rechtsanspruch zur freiwilligen Armenspeisung und Almosengabe über. Eigentlich sind all das ideale Bedingungen für wachsende Zustimmungswerte einer linken Partei – wenn man denn eine hätte. Die Linke ist keine.

Dem deutschen Bildungssystem wird seit Jahr und Tag vertikale Undurchlässigkeit bescheinigt. Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen haben ganz unabhängig von einem Migrationshintergrund schlechtere Bildungschancen, werden seltener gefördert und haben damit deutlich geringe Chancen gesellschaftlich aufzusteigen.

In diesem Umfeld die weitere Aufnahme von Flüchtlingen zuzusagen, wirkt wie eine Ansage aus dem Elfenbeinturm. Deutschland ist aktuell nicht in der Lage, die Anforderungen zu erfüllen, die an ein Aufnahmeland gestellt werden. Es hat massive wirtschaftliche Probleme, die es zunächst zu lösen gilt. Es fehlt an allem. Diese Analyse anzustellen, ist nicht rechts, sondern notwendig. Sich ihr zu verweigern, ist nicht links, sondern dumm.

Die Linke wird damit zum wichtigen Wahlhelfer rechter Kräfte in Deutschland. Das übrigens schon seit Jahren. Die ehemalige Parteivorsitzende Katja Kipping forderte das bedingungslose Grundeinkommen und gleichzeitig offene Grenzen. Jeder, der diesen Unsinn kritisiert hat, wurde als rechts verunglimpft. Unter anderem Sahra Wagenknecht.

Es ist leider so. Die Partei Die Linke ist keine linke, politische Alternative. Sie richtet sich mit ihrer Programmatik an eine bürgerlich-liberale, urbane Klientel. Die aber wird schon von den Grünen bedient. Denjenigen, die sich angesichts von wachsenden Unsicherheiten, wirtschaftlichem Abschwung, schlechter werdender Versorgung berechnete Sorgen machen, denen verweigert sich die Linke als politischer Repräsentant – wie alle anderen Parteien auch. Sie macht es sich einfach und verunglimpft diese Menschen im Gegenteil regelmäßig als rechts. Damit aber macht sich "Die Linke" als Partei überflüssig.

\* \* \*

## **Deutsche Ministerin warnt Afrika vor "neuen Abhängigkeiten" – natürlich zu Gunsten der alten**

<https://freeassange.rtde.live/meinung/176327-deutsche-ministerin-warnt-afrika-vor/>

27.07.2023

**Selbstverständlich muss das Russland-Afrika-Gipfeltreffen auch von deutschen Politikern kommentiert werden, und dafür darf sogar mal die Entwicklungsministerin Schulze vor die Mikrofone. Und natürlich ist die Knute der EU besser als jede Art Zusammenarbeit mit Russland.**

*Von Dagmar Henn*

Deutschland hat sogar eine Entwicklungsministerin, und sie heißt Svenja Schulze. Das würde vermutlich nach wie vor niemand wissen, hätte sie nicht die Gelegenheit genutzt und sich jetzt anlässlich des Russland-Afrika-Gipfeltreffens geäußert. Wie bei allen Bundesministern darf man auch bei ihr nicht davon ausgehen, allzu große Nähe zu den Fakten zu wahren. Sie hat jedenfalls, so *t-online*, "die Länder Afrikas nun vor einer engeren Zusammenarbeit mit Russland gewarnt". Es dürfte die Länder Afrikas sicher brennend interessieren, was die deutsche Entwicklungsministerin Svenja Schulze über deren Beziehungen zu Russland denkt:

*"Wer afrikanischen Ländern billigen russischen Weizen verspricht und zugleich ukrainische Getreidehäfen bombardiert, will nicht den Hunger bekämpfen, sondern nur neue Abhängigkeiten schaffen."*

Betrachten wir diese Äußerung einmal logisch. Was am Versprechen billigen russischen Weizens schafft neue Abhängigkeiten? Ein Versprechen schafft erst einmal gar nichts, außer vielleicht: gute Laune. Die entscheidende Frage ist doch wohl, ob dem Versprechen auch Taten folgen.

An diesem Punkt kann Frau Schulze natürlich auf nichts verweisen. Der Grund, warum der Getreidedeal geplatzt ist, war schließlich der, dass die gesamte EU irgendwie das Handeln vergessen hatte – zumindest, was ihre eigenen Zusagen anging. Keine Anbindung der russischen Landwirtschaftsbank an SWIFT, keine Freigabe der festgesetzten Düngerladungen, keine Regelungen zur Versicherung von russischen Getreideschiffen. Versprechen, aus denen nichts folgt, sind inzwischen irgendwie typisch für den gesamten Westen. Aber Russland ist bisher dafür bekannt, seine Zusagen tatsächlich einzuhalten.

Neue Abhängigkeiten? Da gibt es zwei relativ aktuelle Beispiele, wie auf geradezu katastrophale Weise neue Abhängigkeiten geschaffen werden: das sind Sri Lanka und Ghana. Beide Länder ließen sich auf die – auch vom deutschen Entwicklungsministerium propagierte – Klimapolitik ein, die beispielsweise die Anwendung von Kunstdünger untersagt, beide Länder ernteten nicht nur weniger Nahrungsmittel, sondern gleich auch noch Hunger und einen Zusammenbruch ihrer Staatsfinanzen.

Wer die Geschichte der neokolonialen Abhängigkeiten kennt, weiß, dass ein solcher Zusammenbruch das Einfallstor für die nächste Runde einer Kolonialherrschaft ist. Die Herren, die vorschreiben, wie das Land regiert zu werden habe und welche einheimischen Rohstoffe und Waren günstig feilzubieten seien, gehören dann zwar zu keiner Regierung, sondern zum Internationalen Währungsfonds, aber das Ergebnis ist das gleiche.

Wobei, vielleicht liegt der Schlüssel zu ihrem Unmut ja in dem Adjektiv "neu"? Weil die alten Abhängigkeiten keine Konkurrenz gebrauchen können?

Beabsichtigt Russland also, die Staatshaushalte der afrikanischen Länder mit Schiffen voller Getreide zu ruinieren? Und warum ist – laut Frau Schulze – das ukrainische Getreide gut, das russische aber verhängnisvoll? Abgesehen davon, dass sie zu erwähnen vergisst, dass ganze "überwältigende" 750.000 Tonnen von insgesamt 33 Millionen Tonnen aus der Ukraine exportierten Getreides in die ostafrikanischen Hungergebiete gingen. Vermutlich ist es schlicht das Beste gegen die Entstehung neuer Abhängigkeiten in Afrika, das ukrainische Getreide an europäische Schweine zu verfüttern, und das europäische Wohlwollen zeigt sich gerade im Nichtliefern an die Hungernden.

Aus den ukrainischen Getreidehäfen wurden mit Sicherheit in den vergangenen Monaten nur Getreidedrohnen ausgeschickt, und der Anschlag auf die Krim-Brücke war die Folge einer Mehlstaubexplosion. Ukrainische Häfen können schließlich für gar nichts anderes genutzt werden

als zur Verschiffung jenes Getreides, das nicht nach Afrika geliefert wird, damit dort keine neuen Abhängigkeiten entstehen.

Übrigens liegen die Ernten dort in diesem Jahr um 15 Prozent niedriger – weil Dünger fehlt. Den kann der Westen ohnehin nicht mehr exportieren, weil die Ammoniakproduktion ohne das billige russische Gas zurückgefahren wurde, aber den russischen Dünger will man trotzdem blockieren, siehe oben. Sowohl der politisch motivierte Verzicht auf russisches Gas, der den Absturz der Düngerproduktion auslöste, als auch die Sanktionen, die die Lieferung russischen Düngers erschweren, sind einzig auf dem Mist des Westens gewachsen.

Dass um 15 Prozent niedrigere Ernten eine Lage verschärfen, die zuvor schon durch die (nicht zu vergessen: vor allem infolge Spekulation) gestiegenen Getreidepreise prekär war, ist keine Überraschung. Wenn man diese ganzen Punkte in der Summe betrachtet, dann ist das ganze Getreideabkommen im Grunde nur eine Art Ablasszettel, mit dem sich der Westen bescheinigen will, frei von Sünde zu sein.

"Tatsächlich", so Schulze, "zielt sein [Putins] Vorgehen in Afrika auf Abhängigkeit und Ausbeutung." Das Treffen in Sankt Petersburg sei nur "eine PR-Show".

Ja, mit PR-Shows kennt man sich im Westen aus, siehe Getreidedeal. Aber ernsthaft: Wäre die Haltung gegenüber der russischen Politik in Afrika so erbittert, wenn es wirklich um "Abhängigkeit und Ausbeutung" ginge? Wäre dem so, die deutsche Entwicklungsministerin dürfte keine Stunde rasten, die französische Afrikapolitik zu kritisieren. Immerhin führt der französische Kolonialpakt bis heute dazu, dass die ehemaligen Kolonien jährliche Abgaben leisten müssen, ihre Devisenreserven unter Kontrolle der Bank von Frankreich stehen und sie gezwungen sind, als "eigene" Währung den an den Euro angebundenen CFA-Franc zu nutzen. Französische Unternehmen haben grundsätzlich ein Vorkaufsrecht für alle Rohstoffe. Zugegeben, das einfach nur "Abhängigkeit" zu nennen, untertreibt den Zustand. Das ist blanke Kolonialherrschaft.

Aber hat man je ein kritisches Wort von Svenja Schulze zum Kolonialpakt gehört? Wo kämen wir da hin? Frankreich ist schließlich unser Wertepartner. Eben.

Russland habe "den afrikanischen Staaten wenig zu bieten". Meint Schulze wirklich, die Afrikaner hätten sechzig Jahre nach der formalen Unabhängigkeit die Tricks noch nicht durchschaut, mit denen der Westen sich seine Vorteile sichert? Russland exportiere "Waffen, Fake News und Söldner". Ein Glashaus hat den Nachteil, durchsichtig zu sein, also merkt man wohl manchmal nicht, wenn man in einem sitzt. Es bedarf zumindest einiger Dreistigkeit, die Fake News zum Getreideabkommen zu verbreiten und danach Russland Fake News vorzuwerfen. Und Waffen? Das wirklich Interessante ist, dass eine ganze Reihe von afrikanischen Ländern sich noch gut daran erinnert, wer ihren Unabhängigkeitskampf unterstützte und wer nicht. Angola und Mosambik zum Beispiel, die durch vom Westen finanzierte und ausgerüstete Südafrikaner angegriffen wurden. Man könnte behaupten, afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen hatten ein inniges Verhältnis zur AK47. Heckler & Koch benutzte eher die andere Seite.

Allerdings, wirklich übel nehmen kann man Frau Schulze ihr Gerede nicht. Für die Fortsetzung des kolonialen Systems eintreten, Fehlinformationen verbreiten und auch noch um Aufmerksamkeit ringen zu müssen, ist kein leichtes Schicksal. Zumal für eine Entwicklungsministerin sicher weder ein Hoffotograf noch eine Visagistin drin sein dürften. Da bleibt fasst nichts anderes übrig, als eine Absage von ganzen fünf Ländern (unter denen z.B. mit Nigeria auch solche sind, in deren Nachbarland gerade ein Putsch stattgefunden hat) hochzujubeln – als angeblichen Beleg dafür, dass die ganze Konferenz im Vorhinein gescheitert ist. Gönnen wir Frau Schulze ihre fünfzehn Minuten Ruhm.

\* \* \*

## **Sowjetisches Munitionsdepot in Transnistrien: Kiew und Chişinău treiben ein gefährliches Spiel**

<https://freeassange.rtde.live/meinung/176346-sowjetisches-munitionsdepot-in-transnistrien-kiew/>  
28.07.2023

**Befürchtungen, das ukrainische Militär hege Pläne einer Übernahme der riesigen Munitionsdepots in Transnistrien, sind nicht grundlos. Auch die moldauische Regierung unter Maia Sandu scheint dies zu fördern. Die Perspektiven einer solchen Aktion sind indes mehr als fraglich.**

*Von Yaakov Kedmi*

In letzter Zeit häufen sich Berichte über Kiews Versuche, nachrichtendienstliche Daten über die noch sowjetischen Waffendepots in Kolbasna in der Transnistrischen Moldauischen Republik zu sammeln. Es wird auch nicht davor zurückgeschreckt, hierfür Bewohner Transnistriens anzuwerben. Und die meisten Berichte hierzu verweisen auf ukrainische Geheimdienste. Wahrscheinlich sind auch moldauische Geheimdienste im Rahmen ihrer Aktivitäten in Transnistrien mit demselben Vorhaben beschäftigt.

Beobachter schlussfolgern, dass die ukrainische Armee beabsichtigt, in Transnistrien einzumarschieren und sich diese Lagerhäuser – allen voran die Munitionsdepots – unter den Nagel zu reißen. Sie schließen nicht aus, dass eine Operation zur Übernahme der Waffenlager in Kolbasna mit Unterstützung der Regierung in Chişinău durchgeführt werden wird – wenn nicht sogar auf deren Ersuchen hin.

Die Ukrainer gehen davon aus, dass die Lager nur von einer kleinen Einheit von etwa 50 Soldaten bewacht werden und es folglich nicht schwierig wäre, sich ihrer zu bemächtigen. Die transnistrischen Streitkräfte sind klein und schwach, dazu noch über vergleichsweise große Gebiete in Transnistrien verteilt und werden somit nicht in der Lage sein, einer solchen Aktion bei Kolbasna ausreichenden Widerstand entgegenzusetzen. Und die Entfernung zu den russischen Einheiten an der vordersten Front werde es der russischen Armee nicht ermöglichen, rechtzeitig einzugreifen, um eine Übernahme der Lager – wovon russische Behörden deutlich warnen – zu verhindern. Und solange die russischen Truppen Transnistrien noch nicht erreicht haben, erscheint diese Operation aus militärischer Sicht recht einfach und durchaus im Rahmen des Möglichen.

Der Hauptzweck einer solchen Operation ist ein Erbeuten von Munitionsbeständen, an denen es der ukrainischen Armee derzeit kritisch mangelt – vor allem angesichts der Berichte der NATO und anderer westlicher Verbündeter, dass sie nicht genug Munition für die ukrainische Armee haben und auch im kommenden Jahr nicht genug haben werden. Außerdem gründet das Vorhaben einer solchen Operation auch auf der Annahme riesiger Munitionsbestände in den Depots der ehemaligen 14. Armee.

Dazu ein paar Bemerkungen. Die Menge der in den Depots gelagerten Munition ist heute niemandem genau bekannt – außer der russischen Führung natürlich. Während der Konfrontation in Transnistrien und vor allem, nachdem General Alexander Lebed Mitte 1995 auf eigenes Ersuchen von seinem Posten als Befehlshaber der 14. Armee befreit wurde, ist aus Kolbasna ständig Munition abgezogen worden – und es ist nicht klar, wie viel und welche Munition überhaupt noch dort vorhanden ist. Mehr noch: Was die verbliebene Munition betrifft, so ist nicht bekannt, um welche Art von Munition es sich handelt und vor allem nicht, in welchem Zustand sie sich befindet.

Es ist unwahrscheinlich, dass über den Zeitraum von 30 Jahren ausreichend auf ihren Zustand geachtet wurde. Realistischer ist davon auszugehen, dass alle Munition von irgendwelchem Wert längst abtransportiert wurde – und dass sich der größte Teil der verbliebenden Munition in einem gefährlich überfälligen Zustand befindet und ohne sorgfältige, akribische und kostspielige Wartungsarbeiten unbrauchbar und nur unter Gefahren zu verwenden ist.

Die Vermutungen von Analysten und Beobachtern aller Art über die Absichten der Ukraine, sich dieser Munition zu bemächtigen, sind der russischen Führung seit Langem bekannt. Russlands Militär, das für das ehemalige Bürgerkriegsgebiet Transnistrien Friedenstruppen stellt, hatte genügend Zeit, um den größten Teil der Munition unbrauchbar zu machen. Außerdem hatte es genügend Muße, alle Munitionsdepots zu verminen, und hat somit wohl eine Option, wenn ukrainische Truppen versuchen würden, diese Depots zu erobern, diese nicht zu behindern – und dafür etwa das Leben der kleinen Garnison umsonst zu opfern –, sondern zum passenden Zeitpunkt alle Depots zusammen mit ihren neuen ukrainischen Besitzern in die Luft zu jagen. Und selbst von einer solchen Verminung abgesehen, besteht nicht bloß eine Wahrscheinlichkeit, sondern auch die Gewissheit, dass alle Depots im Falle ihrer Einnahme durch die ukrainische Armee schlicht von russischen Lenkwaffen zerstört werden können. Daher sind alle Pläne und Versuche der Ukraine und ihrer Strippenzieher, die Lagerhäuser in Kolbasna zu übernehmen, absolut sinnlos und gefährlich, vor allem für die ukrainische Armee.

Falls aber solch eine Operation tatsächlich mit Hilfe und auf Wunsch der Behörden in Chişinău durchgeführt werden würde, kann dies zum Sturz und Machtverlust von Maia Sandu in Moldawien führen – nämlich durch Operationen der russischen Armee, der sich die militärischen Einheiten Transnistriens dann anschließen werden. Denn dies wäre ein klarer Versuch seitens Chişinău, militärisch gegen die russische Armee in der Ukraine vorzugehen, und auch ein Verstoß gegen alle Vereinbarungen über Transnistrien, was nicht ungestraft bleiben dürfte.

Allein, die Ukrainer und ihre westlichen Herren begehen ständig irrationale Handlungen, durch die sie ihre angestrebten Ziele nicht erreichen, sondern die Lage jeweils nur verschlimmern und weiter verschärfen. Somit muss Russland auch auf eine solche Entwicklung der Ereignisse nach wie vor vorbereitet sein.

*Übersetzt aus dem Russischen.*

*Yaakov Kedmi (geboren in Moskau am 5. März 1947) ist ein israelischer Politiker und Diplomat. In den Jahren 1992 bis 1999 war er der Leiter des israelischen Geheimdienstes Nativ, der auf die Repatriierung osteuropäischer Juden nach Israel hinarbeitete und heute als eine israelische Regierungsbehörde erklärtermaßen Kontaktpflege und Kulturarbeit betreibt. Kedmi selbst ist heute ein hoch angesehener und gefragter Geopolitik-Dozent und wird häufig als Experte vor allem von russischen Medien zitiert, die auch seine Kommentarartikel veröffentlichen.*

\* \* \*

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im Juli 2023 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.